

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostpreußen

1. Jahrgang Dienstag, 5. Mai 1925 Nummer 27

## Proteststreik gegen den Monarchisten Braun geht zu Hindenburg

Berlin, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Groh-Berliner Betriebsräte nahmen nach einem Referat von Ruth Fischer gegen nur eine Stimme eine Resolution an, den Einzug Hindenburgs in Berlin mit einem 24stündigen Generalstreik zu beantworten. Die Betriebsräte stellen noch einmal die ungeheure Schuld der SPD. fest, die durch ihre Politik die Monarchisten wieder in den Sattel gehoben hat. Die Resolution besagt, nur die zwei Millionen Stimmen für Thälmann sind Stimmen gegen Hindenburg.

### Arbeiter Dresdens!

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, nehmt sofort in den Betrieben Stellung zu dem Beschluß der Berliner Betriebsräte. Zwingt den ADGB zur Einberufung einer Betriebsräteversammlung. Zu dem Einmarsch des Monarchisten muß die Arbeiterklasse sprechen. Wer sich nicht auf den Vorschlag der Kommunisten, weshalb berufen sie jetzt nicht die Betriebsräte versammeln?

Was es galt, dem Vertreter des Adhäsionsbundes und des ADGB, dem Zentrumsmann Marx Stimmen der Arbeiter zuführen, da berufen sie die Betriebsräte zusammen, da wurden alle Funktionäre mobil gemacht. Für den Vertreter des Kapitals und der Kirche nahm man den Arbeiter ihre Zeit. Teht, wo es gilt, den Monarchisten die Komplexion der Arbeiter zu zeigen. Schreit die Gesellschaft Arbeiter, ihr Dürft nicht schweigen. Sprecht über die Vorschläge der Kommunisten in den Betrieben, schließt Resolutionen, fordert die Abwehr des Monarchisten.

### Brauns Wort zu Hindenburg

Seine Antwort an die SPD.

Berlin, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die kommunistische Kampfbroschüre hat am 29. April der Weimarer Koalitionsregierung 7 Forderungen vorgelegt und erklärt, daß bei Annahme derselben die Kommunisten der Regierung Braun-Seydewitz die Gelegenheit geben, dieselben durchzuführen und innerlich und äußerlich des Parlaments unterstützen werden. Der Parteivorstand hat nicht geantwortet. Der „Vorwärts“ hat einst abgelehnt.

### Reichshammerfabrikzug für Hindenburg

Das Berliner Tageblatt vom 5. Mai schreibt über die Stellung des Reichshammers zu Hindenburg. Nachdem die Zeitung von den Angriffen der „Arbeiterzeitung“ genommen wird, heißt es:

Wenn man in den leitenden Kreisen des „Reichshammers“ bisher noch keine Entscheidung getroffen haben sollte, so könnte man aus diesem Artikel ersehen, was zu geschehen hat. Die „Republikaner“ des monarchistischen Rechtsblocks möchten am Samstag mit ihren Werbemitteln, Witzblättern und ihren anderen Knäueln die Straße allein beherrschen und die Anwesenheit des Reichshammers würde zwar nicht die Ruhe und Ordnung fördern, aber das Vergnügen der Fahnenkreuzzüge und der sonstigen „Verfassungstreuen“ würde nicht mehr vollkommen sein. Auf der Straße sollen, hofft man, an dem Tage, wo Hindenburg den Eid auf die republikanische Verfassung leistet, nur schwarz-weiß-rote Fahnen wehen. Dann merkt vielleicht die farbenfrohe Menge nicht, daß er drinnen im Reichshammergebäude unter der „Schwarz-rot-gelben“ Fahne schwört.

Das „Tageblatt“ fordert also das Reichsbanner auf, Hindenburg feierlich zu empfangen. Das ist ihr Kampf gegen die Monarchie.

Hannover. Zu dem Amtsantritt Hindenburgs erklärt die Telegraphen-Agentur folgendes:

Am 7. Mai wird die Bürgerstadt Hannovers auf Anregung der patriotischen Verbände dem Feldmarschall eine große Ehrung in Gestalt eines Festzuges darstellen. Wahrscheinlich wird sich auch das Reichsbanner an dieser Kundgebung beteiligen.

### Die SPD. klagt für Hindenburg

München. Die Parteien des Münchener Stadtrates, allein mit Ausnahme der SPD., beschloßen, daß am Tage der Vereidigung Hindenburgs die öffentlichen Gebäude flaggen und auch der Bevölkerung das Beflaggen empfohlen wird. Die SPD. stimmte also dafür.

Die Kommunisten erachten zur Erleichterung des Kampfes gegen die Monarchie die Durchführung folgender Maßnahmen für erforderlich:

1. Erlass einer Vollamnestie, entsprechend dem Antrag des Abg. Pies und Genossen — Drucklos 157 — für Freuen und darüber hinaus Erlass einer Allgemeinen, nach den gleichen Gesichtspunkten aufgestellten Vollamnestie im Reich;
2. Für alle Staatsbedienstete, auch wenn sie unter der Rechtsform von Arbeitsverhältnissen usw. geführt werden, den Achtstundenstag, und, soweit Bergarbeiter und Arbeiter in Betracht kommen, die Siebenstunden-Arbeit ab 1. Mai 1925. Einwirkung auf die Gemeinden zu diesem Vorgehen und Einwirkung mit allen Mitteln auf die Reichsbehörden für die allgemeine Durchführung des harten Achtstundentages;
3. Aufhebung der Haussteuer ab 1. Mai 1925;
4. Aufhebung der Kasernierung und Militarisierung der Schupo;
5. Allgemeines Verbot, die Technische Nothilfe einzusetzen;
6. Beschlagnahme der in Preußen vorhandenen Vermögen aller früheren deutschen Fürsten; Ausweisung der Angehörigen deutscher Herrscherhäuser, die sich in Preußen aufhalten und Einkünfte aller Zahlungen an die Hohenzollern;
7. Säuberung der Beamtenliste von allen monarchistischen Elementen.

Anhalt diesen Forderungen zugestimmen und die Arbeiterklasse zur Durchführung derselben zu mobilisieren, verhandeln die sozialdemokratischen Führer mit den Monarchisten. Am 1. Mai trat der interaktionelle Ausschuss der drei Weimarer Parteien zusammen, der nach einer Debatte der Teilung folgende Stellung einnahm. Man war sich darin einig, daß wenn die Regierung am Freitag ein Vertrauensvotum vorlegte, alsbald in Verhandlungen über die Frage, wie sich das Kabinett auf eine breitere Grundlage stellen konnte, einzutreten sei. Wie die „Vollstättige Zeitung“ meldet, haben Braun und Seydewitz ihren bisherigen Koalitionspartnern hoch und heilig versprochen, mit den Kommunisten weder über Stimmhaltung, noch laut über irgend welche anderen Regierungsfragen Abmachungen getroffen zu haben. Das bedeutet ebenfalls platische Ablehnung aller Forderungen. Man sucht Anstich bei den Volksparteien. Die Kommunisten werden zum Zweck des Kampfes um die sieben Forderungen die Auflösung dieses Bündnisses erzwingen.

### Die Thüringer Faschistenregierung gegen Jungspartakus

Jena, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, die den Schulkindern jegliche Beteiligung an kommunistischen Sünden und außerhalb der Schule verbleibt. Das bedeutet praktisch das Verbot des Jungspartakus-Bundes.

Pflicht der Arbeitereltern ist es, sich gegen diese ungesetzliche und einseitige Bevormundung ihrer Kinder mit aller Entschiedenheit zur Wehr zu setzen.

### Die Ruhrgebietsleistungen des Kandidaten der SPD.

Von dem Untersuchungsausschuss für die der Ruhrindustrie geschuldeten Entschädigungen wurde Reichsaussenminister Dr. Stresemann vernommen. Er erklärte, daß die Verpflichtungen der Reichsregierung weit über den Charakter einer moralischen Verpflichtung hinausgingen. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß beide Parteien davon ausgegangen sind, daß das Reich eine Verpflichtung übernommen hatte, die auch unter Umständen von der anderen Seite einlagbar gewesen wäre. Stresemann gab dann eine ins Einzelne gehende teilweise vertrauliche Darstellung der Verhandlungen, die damals geführt wurden.

Am 10. April 1924 hat Reichsminister Marx folgendes Schreiben an die Sechserkommission gerichtet: „Das Reich erkennt an, daß auch die Leistungen des Ruhrbergbaues nach dem 13. April 1924 einen Teil der Entschädigungsleistungen darstellen. Das Reich wird die Zahlungen leisten, sobald Anleihe-mittel dazu zur Verfügung stehen.“ Am 30. April ist den Ruhrindustriellen jener bekannte Betrag von Schatzanweisungen übergeben worden, um ihnen das längere Arbeiten zu ermöglichen. Zum Schluß wendet sich Stresemann gegen die Behauptung, die sozialdemokratischen Minister seien bei den entscheidenden Kabinetsitzungen ausgeschaltet worden.

Die Ausführungen Stresemanns beweisen, daß die SPD-Minister und Marx den Ruhrindustriellen Millionen Summen vertraglich zugesichert hatten, während die Profeten verhängten.

### SPD.-Arbeiter! Fordert eure Führer zur Rechenschaft auf!

Von Ruth Fischer.

Die Reformisten haben alle ihre Trümpfe ausgespielt: das „kleinere Uebel“, der Zentrumsmann Marx, ist durchgefallen, und nicht einmal alle Mitglieder der SPD. haben für ihn gestimmt; er wird mit keiner Partei jetzt noch treuer die Hindenburgianer unterstützen; die Kommunisten sind nicht „zusammengebrochen“, wie die Stampfer und Konferten Tag für Tag schreiben, sondern haben auf der ganzen Linie recht behalten, und viele SPD.-Mitglieder haben das bestätigt, indem sie für die „ausfallslose Wahlhandlung“ gestimmt haben; Braun, der Kober im ersten Wahlgang, hängt mit keiner Regierung nur noch vom Zentrum ab, das nicht den geringsten Anlaß hat, ihn zu halten, nachdem sein Marx helllos geworden ist.

Steiben zwei faule Karten, die die Wels und Crispian mit lautem Geschrei ausspielen, die Kommunisten sind an allem schuld und — der spanische Handelsvertrag.

Was zunächst die letzte alkoholische (also Wels) sehr nachgeliebte Angelegenheit betrifft, so sollten die Blätter der SPD. nicht gar so laut krächzen; denn ihre Parteigenossen haben im Ausschuss konsequent und selbstbewußt, wie immer, sich der Stimme enthalten und sich erst nachher belonnen auf die Parteileute, welche der Siemens- und der AEG-Konzern aus diesem Vertrag, der einige Tausend kleiner Weinbauern in Deutschland ruiniert, ziehen können.

Was aber die Schuld der Kommunisten betrifft, so rufen wir den ehrlichen Arbeitern der SPD. mit allem Ernst zu: Genossen, laßt euch nicht von gewissenlosen, mit dem „demokratischen“ Konzern auf Geheiß und Verberb verbundenen, durch tausende von Posten, Brüsten und Pfählen korumpierten Demagogen von den dringenden Kampfaufgaben ablenken! Denn das allein ist der Zweck des Geschreies ihres Parteivorstandes.

Wir Kommunisten haben euch ein Anerbieten gemacht. Die Forderungen unseres „offenen Briefes“ an euch, denn an euch, Arbeiter richtete er sich, nicht an eure Führer, und lauter selbstverständliche, lauter notwendige, lauter elementare Forderungen, ohne deren Durchführung alles Gerede über „Kampf“ gegen den Monarchismus hohles Geschwätz bleibt.

Eure Führer, die euch so herrlich weit gebracht, nämlich von den Arbeiter- und Soldatenräten bis zur Lutherregierung und bis Hindenburg, die eure reformistischen Führer, welche sieben Jahre hindurch sich mit der Bourgeoisie verhandelt, haben vor der Präsidentenwahl überhaupt nicht daran gedacht, sich an die proletarische, niemals mit der Bourgeoisie verbunden gewesene SPD. zu wenden. Sie glaubten im Wahlkampf besonders geistreich zu sein, wenn sie fragten, ob wir Kommunisten denn für Braun gestimmt hätten, wenn er aufgestellt geblieben wäre. Armeleuge, betrogene Betrüger! Wir pflegen die Rage nicht im End zu kaufen, wie sie, die Realpolitiker. Wir trauen dem Braun genau so viel oder so wenig, wie dem Wels, dem Marx, dem Brüning, dem Hindenburg. Welches Programm hatte der Braun vorzuziehen? Kein anderes als Marx. Und Marx? Kein anderes als Hindenburg.

Sind eure Führer auch auf den Gedanken gekommen, ihre Koalitionsgenossen wenigstens auf das unumgänglich notwendige Minimalprogramm zu verpflichten, das wir euch vorschlagen, und ohne welches nicht einmal ein erster Schritt denkbar ist gegen die Monarchisten. Ist ihnen nicht eingefallen: sie nannten diese selbstverständlichen Forderungen „Kampf“. Kein Wunder stellt sich bei Leuten, welche den Hohenzollern Millionen in den Taschen werfen und die ganze Sipplacht dieser Verbrecher und Schmarotzer in Deutschland ansiedeln.

Oder haben sie gar vor der Wahl Beweise gegeben für ihre republikanische Gesinnung? Haben sie wenigstens in den Parlamenten, wo überall Mehrheiten dafür vorhanden sind, antimonarchistische Geleise angenommen? Ist ihnen nicht eingefallen! Im Gegenteil: Sie sind in Hamburg mit den Monarchisten fest in eine Koalition gegangen.

Diesen Leuten sollen wir trauen? Keinem einzigen von euren Führern, nicht den rechten, nicht den linken, trauen wir nur im geringsten. Worte verdienen kein Vertrauen. Nur Taten schaffen Beweise für Worte und Behauptungen.

Eben deshalb machen wir euch die Vorschläge unseres „Offenen Briefes“. Die Wels, Dittmann und Crispian nennen das eine „unfittliche Entlassungstatistik“.

Aber die Wels, Dittmann und Crispian interessieren uns sehr wenig. Euch sollten sie interessieren und euch, so müßt ihr verlangen, sollen sie Rede stehen:

Erklären Sie diese Forderungen für notwendig oder nicht? Erklären Sie diese Forderungen für das Mindestmaß dessen, was jetzt zu geschehen hat, oder nicht?

me Nr. 27  
nt: 10 Uhr  
11 Uhr: W  
v. P  
g. 11 Uhr  
teilung des  
landes für  
die Zeitung  
mola. 17.15  
Bred. 17.15  
Romad ist  
nspredende  
r. Vortrag  
skalen im  
D. Klemm  
ngewandten  
ungen.“ —  
Zuf. Regi.  
L. Weber.  
„Kornen“,  
treudank  
Inhaltlich  
ndent. —  
mer (Kale-  
vom Allen  
auszulegen.  
D. für die  
ine Hilfs-  
beiterper-  
Arbeiter-  
Schreiben:  
senbandes  
s. für die  
den hez  
s. Schlen-  
folgt sind  
igen lan-  
Trotz daß  
die SPD.  
oder Ge-  
sen daß  
fest, daß  
m. Wohle  
t werden  
fowera.  
aus der  
fermin  
gelam  
sich in  
er J  
Bund  
es jetz  
beran  
huf  
Or  
wider  
Stu  
B  
er  
Gen  
ien  
lu  
pen  
en  
tegg  
r. S  
it. D  
u  
t ein  
er  
er  
er  
an  
in  
g  
gation  
so nicht  
dama  
Tah  
in die  
1. Mi  
Stant  
Henn  
man  
t. Ver  
recht  
uchen  
weisen  
und.  
illene  
enter  
zu  
Marx  
flon-  
Gau  
iten  
fol-  
figer  
1. in  
au-  
n zu  
lung  
haxi  
den  
An-  
ein  
de.  
De.



Wenn Sie schon eine klare Antwort geben, ist schon viel erreicht. Lehnen Sie ab, so sind Sie entlarvt. Das wollen wir. Denn von euch, Arbeiter der SPD, glauben doch noch viele, daß diese eure Führer wenigstens für Reformen zu haben sind. Wir aber wissen, daß das nicht der Fall ist. Und wir wollen auch das beweisen.

Was ist daran „unfittlich“? Wenn es wahr ist, was wir glauben und wissen, dann ist es höchste proletarische Sittlichkeit, auch das zu beweisen: denn öffentlichen Betrügern wird kein ehrliebender Arbeiter folgen.

Wenn wir uns aber täuschen sollten, so mögen doch eure Führer beweisen, daß Sie nicht das sind, wofür man sie nach ihren elfjährigen Leistungen für Klassenharmonie und Bürgerfrieden mit den Kapitalisten zu halten mehr als berechtigt ist.

Sind die „linken“ eurer Führer anders als die rechten, so mögen sie es beweisen. Wir trauen ihnen genau so wenig, wie den rechten. Ihr glaubt, es gäbe Unterschiede; dann zwängt sie, diese Unterschiede anders als mit dem Maul zu beweisen.

Oder soll vielleicht unsere „Unfittlichkeit“ darin bestehen, daß die Vorläufe unseres „Offenen Briefes“ nicht das kommunistische Programm wiederholen?

Aber wir sagen euch ganz offen und ohne Umschweife:

„Wir lassen nicht das geringste von unserem Programm fallen, wir erklären insbesondere, daß die Arbeiterklasse nicht eher Sicherheit hat vor der Reaktion, als bis sie ihre proletarische Diktatur errichtet und gesichert hat, wie lagen unumwunden, daß keinerlei Reformismus den revolutionären Klassenkampf ersetzen kann.“

Alles das wollen wir euch beweisen. Ihr glaubt es noch nicht, aber zum Teil noch nicht. Aber ihr wißt doch alle, daß ohne die Durchsetzung der Mindestmaßnahmen unseres „Offenen Briefes“ auch keine demokratische Republik denkbar ist. Also haben wir zunächst gleichen Weg, gleiches Ziel. Wollt ihr wirklich lieber mit Feinden eurer eigenen Klasse gehen, mit bürgerlichen „Demokraten“, die euch ausnutzen, um ihre Ziele zu erreichen, und um die Arbeiterklasse zu spalten und zu schwächen? Ihr wollt das gewiß nicht. Eure Führer wollen das gewiß. Sie wollen mit den Stinnes-, Thinsens und Klotzner-Intelligenzien und mit der Diskontogelieblichkeit und mit der Dormstädter Bank, sowie der WEG, gehen, denn das sind die Kräfte, welche hinter den Demokraten und dem Zentrum stehen. Ihr aber wollt gegen die Monarchisten gehen.

Eure Führer haben vor der Wahl Hindenburgs das Maul mächtig voll genommen. Jetzt schreien sie: Seid auf der Hut! Seitlich keine Kritik vor 70 Jahren, das Deutschland schauerte in der sicheren Hand von 36 Monarchen. Eure Führer wollen euch jetzt zum Schrecken bringen in der „sicheren Hand“ von Bels, Dittmann und Cyprian, die euch so herrlich weit gebracht. „Ist euch zu Hindenburg“, das war ihr Wahlplakat 1911! Jetzt seid ihr, und wir alle angetreten bei Hindenburg. „Auf der Hut sein“, das ist sehr wenig nach den bombastischen Aufwindungen der letzten Wochen. „Die Republik ist in Gefahr“, schreien sie, eure Führer. Ja, die Republik ist in Gefahr, sagen wir auch heute, wo jenen es schon leid tut, das Maul so voll genommen zu haben. Die Gefahr bannen, das heißt: nicht „auf der Hut“ stehen, sondern die Monarchisten angreifen. Seid ihr bereit dazu? Werdet ihr Hindenburgs Fingerring begrüßen, wie er's verdient? Und was werden eure Führer tun? Das sind die Fragen, die ihr zu beantworten habt.

### In Hilfsstellung für die deutsche Wirtschaft

Luther auf dem Industrie- und Handelsstag.

In Berlin hat sich der Industrie- und Handelsstag, die Vertretung des großen Industrie- und Bankkapitals versammelt.

Luther hat die Gelegenheit benützt, sofort nach seiner Konferenz mit Hindenburg vor diesem Forum der Großkapitalisten, dem er sich mehr verantwortlich fühlt, als dem Reichstag, weil er von ihm allein abhängig ist. Rede und Antwort über die Hindenburg-Politik nach innen und außen zu stellen.

Die Luther sprach, referierte der frühere Reichswirtschaftsminister Hamm, der sich zu den Demokraten rechnet, über die Wirtschaftslage.

Dabei ergab sich, daß der demokratische Wirtschaftsminister a. D. sich in nichts unterscheidet von dem zur Zeit amtierenden deutsch-nationalen Wirtschaftsminister. Es war die alte Leier: Der Ernst der Handelsbilanz, die Schwierigkeit der Aufwertung, die Leuerung der Färbie der dämmernden Reichsbank, die Notwendigkeit der sozialen Aufhebung aller Vermögenssteuern und die Förderung der Ausfuhr durch weitere Schutzkonturen, gerichtet auf die Konkurrenz der deutschen Wertigkeiten.

Dann redete Luther. Er schloß hat seiner Rede die Ueber schrift gegeben, indem er erklärte:

„Die Reichsregierung ihrerseits muß der Wirtschaft Hilfsstellung gewähren.“

Wasin gewahrt sie ihr Hilfsstellung? Luther antwortet: 1. In der Frage der Kapitalbildung, der Stärkung des Innenmarktes durch Bildung von Sparkapital. Wie aber soll das gelingen, so lange die Löhne der Arbeiter niedrig, ihre Steuern hoch bleiben? Luther meiß keine Antwort als die, die Ausbeutung noch zu verschärfen, die Massenheuern noch zu erhöhen, um so aus den Knochen der Wertigkeiten das fehlende Kapital herauszuholen.

2. In der Erhaltung der Produktionsmöglichkeit und der Abnahmemöglichkeit. Wie ist unter der Fessel des Dawespattes herbeizuführen? Luther kündigt

#### die Einbringung der Zollvorlage

für die nächsten Tage an. Schlußworte auf Brot und Eisen, Abnahmemöglichkeiten, gestützt auf die Bundesbank der deutschen Arbeiter: das ist die Sanierung der deutschen Wirtschaft durch die Wirtschaftspolitik Luthers und Hindenburgs, die nichts anderes ist als die Verwirklichung des Dawespattes, als das Begehren des deutschen Kapitalismus im Schwanz des Weltimperialismus.

Hofft die Exportüberschüsse, herausgeholt aus der Ueberarbeit, dem Hunger der deutschen Arbeiter, aus ihren Waffensteuern: das ist das A und O der Wirtschaftspolitik Luthers und Hindenburgs, der Politik der Dawes-Erfüllung.

Der „Vorwärts“ nennt es: das alte Lied. Eine unvorstellbare Wendung für die schwarz-rot-geblenden Volksblut-Journalisten, denn wenn Luthers und Hindenburgs wirtschaftspolitische Lied ein altes Lied ist — und das ist es in der Tat —, dann ist es auch schon das Lied der Marx-Regierung und der Sozialdemokraten gewesen, die den Achtstundentag beilegt, den Dawespakt angenommen, die Lohn- und Umsatzsteuer eingeführt haben, und die heute für den Zollschutz von Industrieerzeugnissen sind.

#### Schließlich sprach Luther zur Währungsfrage.

Er demontierte die Gerüchte über eine neue Inflation. Aber in der Börse werden Pfund- und Dollarbonnen gekauft, weil die Kredite floden, weil alle Kredite zurückgezahlt werden

müssen. Die Zinsen für kurzfristige Wechselkredite steigen: alles Zeichen dafür, daß im Zusammenhang mit der Dawesierung die Bezahlung der deutschen Währung nicht endgültig erreicht ist. Gerade die Worte Luthers, daß die Mark nicht gefährdet sei, beweist die Gefahr, die für sie besteht.

Sie zeigt den Wertigkeiten den ganzen Ernst der Lage. Sie zeigt, daß, wenn sie die ihre Existenz verneinende Wirtschaftspolitik Luthers und Hindenburgs bekämpfen, sie sich zur roten Front aller Ausbeuteten zusammenfinden müssen, um wenigstens ein Notprogramm durchzusetzen. Das Notprogramm des Achtstundentages, der Friedensreallohn, der Befreiung der Waffensteuern, der Wirtschaftsvereinigung mit Räterußland.

Die nachfolgenden Redner, sogenannte „Wirtschaftsführer“, wandelten nun die von Hamm und Luther angelegenen Themen ab. Eine Resolution, die die Forderung der Reichssteuer-Befreiung und die Hilfsstellung der Bürgerblock-Regierung im Dienste des Großkapitals unterstützt, wurde angenommen.

### Werbt Leser für die „Arbeiterstimme“!

Die Auflage unserer Zeitung ist seit dem 1. April um 800 Abonnenten gestiegen. Die Zahl der neuen Leser muß im Monat Mai doppelt so groß sein.

### Die sozialdemokratische Marx-Kandidatur wirkt sich aus

Die Telunion meldet: „An das Ministerium für Volksbildung zu Dresden hat der Verband des freien Protestantismus in Sachsen (Freie volkstümliche Vereinigung, Bund für Gegenwartskritik, Protestantenderein) folgende Eingabe gerichtet: Die unterzeichneten Vereinigungen gestatten sich, dem Ministerium für Volksbildung folgende, das „Pädagogische Institut“ zu Dresden betreffende dringliche Bitte zu unterbreiten: Da nach Art. 149 der Reichsverfassung der Religionsunterricht ein ordentliches Lehrfach der Schule ist und dem Lehrer in seiner „Erziehungsarbeit“ die religiöse Unterweisung „anerkanntermaßen“ die allerwertvollsten Dienste leistet, ist es unbedingt erforderlich, daß an einem pädagogischen Institut auch Religionslehrer ausgebildet werden und diesen die notwendige theologisch-wissenschaftliche wie „religionspädagogische“ Vorbildung vermittelt wird.“

Sozialdemokratische Marx-Kandidatur und Hindenburg-Republik — man merkt, sie wittern Morgenluft!

### Die sächsischen Industriellen fordern weitere Steuerermäßigung

Schon vor einiger Zeit deuteten wir darauf hin, daß die sächsischen Industriellen noch weitere Steuerermäßigungen fordern werden. Unsere Voraussage hat sich bestätigt. Jetzt verbreitet die Telunion nämlich folgende Meldung:

„Im Verband Sächsischer Industrieller häufen sich die Beschwerden über die Untragbarkeit des trotz der vorgenommenen kleinen (1) Erleichterungen, die Leistungsfähigkeit der Pflanzungen noch immer übersteigenden und die Produktion hemmenden Steuerdrucks. Mit der parlamentarischen Erledigung des Steuerreformgesetzes kann man nach den bisherigen Erfahrungen für die nächste Zeit noch nicht rechnen, um so weniger, als der Reichsrat bedauerlicherweise gerade in besonders wichtigen Punkten den Anträgen der Wirtschaftskreise sich verschlossen hat. Nach Ansicht des Verbandes kann nicht länger damit gewartet werden, daß wenigstens in den Vorauszahlungen die notwendige Erleichterung eingebracht wird. Das kann geschehen, wenn die Regierung im Besonderenwege schon jetzt die Erstattung solcher Beträge zuläßt, die aller Voraussicht nach den wirklichen Steuerbetrag auf das laufende Jahr überschreiten, und wenn ferner die Vorauszahlungsbeträge auch generell herabgesetzt werden. Der Verband Sächsischer Industrieller hat Schritte in dieser Richtung eingeleitet, damit dieses für die gegenwärtige Wirtschaftslage unabweisbare Bedürfnis seine Befriedigung findet.“

Die Industriellen wollen also nicht einmal eine Entscheidung des Landtages abwarten, sondern verlangen, daß im Besonderenwege die Vorauszahlungsbeträge reduziert werden sollen.

Die schwierige Lage der deutschen Textilindustrie im allgemeinen und der sächsischen im besonderen macht es zwar begreiflich, wenn gerade die sächsischen Industriellen einen Vorstoß machen, aber wesentlich ist, daß die sächsischen Industriellen die Steuern auf die Arbeiter abwälzen wollen. Das sagen sie zwar nicht — aber es ist so.

#### A. Maslow

### „Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917“

3. Lieferung, jorben erschienen, erhältlich bei allen V.D.-Obleuten und der Buchhandlung Now, G r o ß, Dresden, Köhrhofstraße 24.

### Wieder ein Hochverratsprozeß

Leipzig, 1. Mai. Vor dem ersten Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik begann heute unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten ein Hochverrats- und Sprengstoffprozeß gegen sieben hannoversche Kommunisten. Zu verurteilen haben sich der Schlossermeister Ernst Schierl, der Schlichter Erich Schmidt und der Sattler Otto Meyer aus Hannover, der Sattlermeister Friedrich Probst aus Dübhorn der Schlosser Heinrich Ermeyer aus Walsrode, der Dreher Friedrich Clausing aus Borßdorf, der Zimmermann Aris Rickmann aus Walsrode.

### Internationale Waffenhandels-Konferenz

Genf, 4. Mai. Heute nachmittag wurde hier die Konferenz für die Kontrolle des internationalen Waffen- und Munitionshandels eröffnet. An dieser nahmen 13 Staaten teil, von denen Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Türkei und Belgien dem Völkerbunde nicht angehören. Sowjetrußland hat die Beteiligung an der Konferenz abgelehnt. Die deutsche Delegation steht unter der Leitung des Generalen v. Eckardt. Der frühere belgische Ministerpräsident Carton de Wiart, begrüßte in seiner Eröffnungsansprache die deutsche Delegation und dankte ihr für ihre wertvolle Mitwirkung. Die Delegation der Vereinigten Staaten steht unter der Leitung von Burton, Mitglied des Repräsentantenhauses. An der Spitze der französischen Delegation steht der Abgeordnete Paul Boncour, an der Spitze der englischen Delegation der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Graf Maslow. Der Präsident wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Konferenz sich nur mit dem internationalen Waffenhandel, nicht aber mit der Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie zu be-

fassen habe. Da das im Jahre 1910 ausgearbeitete internationale Abereinkommen von St. Germain infolge der abweichenden Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht in Kraft treten konnte, hat der Völkerbund diese neue Konferenz einberufen und ihr einen Entwurf für ein neues internationales Abkommen vorgelegt. Die Konferenz leitete eine Vollmachtsprüfungskommission und einen Ausschuß für die Ausarbeitung des Verhandlungsreglements ein. Nächste Sitzung Dienstag nachmittag.

Die Konferenz bedeutet absolut keine Friedensverhandlung, sie verfolgt wie der Völkerbund einen Zusammenschluß gegen Rußland.

### Wie der bürgerliche Schmol schwindelt

Die Telunion verbreitet die lächerliche Meldung, daß der Rat der Volksbeauftragten am 8. April über die Rückkehr Trozki nach Moskau beraten hätte und die Entscheidung darüber vertagt wurde, weil Sinowjew, Bucharin und Frunse mit dem Austritt aus der K.P.R. gedroht hätten, falls man Trozki bedingungslos die Rückkehr nach Moskau gestatte.

### Steigende Lebenshaltungskosten

Nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamtes für Sachsen hat sich seit Februar d. J. die Teuerungsdarstellung, die Berechnung der Indizes der Lebenshaltungskosten, im ganzen Grund geändert. Die Statistik wurde infolgedessen auf eine breitere Grundlage gestellt, als zu den bisher einbezogenen Gütergruppen: Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung noch Aufwendungen für Verkehr, Körperpflege, Reinigung, Bildung und Unterhaltung hinzutreten. Hierdurch haben sich die Indizes, wie vorauszu sehen war, erhöht. Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes für sächsische Indizes am 4. März nach früherer Methode 126,3 (Kriegszeit = 100), so ergab sich nach neuer Berechnungsweise 137,5. Rünftig sollen nur noch Monatsdurchschnitte der Indizes veröffentlicht werden. Im Monatsdurchschnitt betrug in Sachsen der Gesamtwert der Lebenshaltungskosten nach der neuen Berechnungsweise für Februar 138,0, für März 137,7, für April 138,1. Arbeiter! Wo bleibt deine Lohnerhöhung?

### Verstärkte Kontrolle durch die französische Befehlungsbehörde

Koblenz, 3. Mai. (Telunion.) Die französischen Befehlungsbehörden üben jetzt eine immer schärfere Kontrolle auf den Landstrichen aus. Besonders eingehend werden die Automobils untersucht. Ein Kaufmann wurde, weil sein Personalausweis kein Lichtbild enthielt, vom Kriegsgericht zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt.

### Ergebnisse der französischen Kommunalwahlen

Wir brachten gestern über das Ergebnis der französischen Gemeindevahlen eine tendenziöse Meldung der Tel-Union, aus der zu entnehmen war, daß die K.P.D. bei den am Sonntag stattgefundenen Gemeindevahlen ins Hintertreffen geraten sei und entsprechend mehr Sozialisten gewählt worden seien. Nach den nunmehr vorliegenden näheren Mitteilungen läßt sich erkennen, daß von einem Sieg der Rechten bei den Gemeindevahlen keineswegs die Rede sein kann. Die Wahlen zeigen überall ein starkes Anwachsen der kommunistischen Stimmen.

Es wurden in Paris bisher gewählt: 32 Kandidaten der Rechtsparteien, 8 Radikale, 3 Sozialisten und 2 Kommunisten. In 32 Fällen findet Stichwahl statt. Der bisherige Gemeinderat setzte sich aus 34 Vertretern der Rechten, 18 Sozialisten und 5 Kommunisten zusammen.

### Allgemeine Wehrpflicht in Bulgarien

Paris, 3. Mai. (Telunion.) Nach einer Journiermeldung aus Bulgarien hat die bulgarische Regierung an die Staaten der Kleinen Entente ein Memorandum gerichtet, in dem sie ausführlich die Gründe darlegt, aus denen zur Bekämpfung des Kommunismus in Bulgarien die Militärdienstpflicht wieder eingeführt werden muß. Eines der wichtigsten Argumente ist, daß die Wiedereinführung der Militärdienstpflicht eine jährliche Ersparnis von einer Milliarde erzielt werden wird.

### Die Kabinettskrise in Belgien

Die Kabinettskrise dauert nahezu einen Monat, und nichts läßt darauf schließen, daß eine Lösung gefunden werden kann. Die Sozialisten sind nicht imstande, ein selbständiges Kabinett zu bilden. Die Rechtsparteien haben sich formell gegen eine Koalition ausgesprochen. Auch die Liberalen wollen einem sozialistischen Kabinett fernbleiben. Die katholischen Verbände nahmen eine Entschließung an, in der sie sich gegen jede Zusammenarbeit mit den Sozialisten aussprechen. Unter diesen Umständen scheint die neue Parlamentsauflösung nahe zu sein. Nach den Abendblättern beabsichtigt der König, eine unparlamentarische Persönlichkeit mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen.

Diese Mitteilung zeigt, daß die Sozialdemokraten auch in Belgien einen Sieg errungen haben, mit dem sie nichts entgegen hersehen.

### Zum Konflikt in der englischen mechanischen Industrie

London. Der Widerstand gegen die Pläne der Unternehmer in der mechanischen Industrie wird von Tag zu Tag schärfer. Bei einer Konferenz in Dorn, auf der zwölf Verbände vertreten waren, wurde eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Arbeiter entschlossen sind, gegen die Absichten der Unternehmer den härtesten Kampf zu führen.

### Kommunistenverfolgung in England

London, 5. Mai. Die englische Regierung hat den Kommunistenverfolgung in Glasgow unterlag. An die Behörden sind Anweisungen ergangen, gegen den Kommunismus mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten.

London, 5. Mai. Im englischen Unterhaus hat ein kommunistischer Abgeordneter eine Interpellation eingebracht über die antimilitaristische Propaganda. Er stellte formell an den Sekretär des Kriegsammtes die Anfrage, ob ihm bekannt sei, daß ein Flugblatt des Exekutivkomitees der K.P. Englands unter den britischen Truppen verbreitet wird. Der Kriegsminister gab daraufhin die Erklärung ab, daß eine Untersuchung eingeleitet worden sei.

### Der Krieg in Marokko

London, 5. Mai. (Telunion.) Wie „Chicago Tribune“ aus Madrid berichtet, sind die militärischen Vorbereitungen in der französischen Zone in Marokko entlang der spanischen Grenzlinie in vollem Gange. Die Operationen sollen Ende Mai beginnen. Die Schiffe, die die spanischen Truppen und das Kriegsmaterial aufnehmen sollen, liegen jetzt im Hafen von Málaga. Die Rüstungstruppen, die an der französischen Grenze zusammengezogen waren, sind aus dem Melilla- und Tetuan-Abchnitt zurückgezogen worden. Abdel Arim besetzt jetzt sein Hauptquartier in Agdir und die Höhen an der Küste von Alhucemas, wo er die von den Spaniern erbeutete Artillerie aufstellt.





Flaggenwechsel

Wir sind die Sozis, kennt ihr unsere Farben, Die Fahne schwebt uns schwarz-rot-gold voran! ...

Doch nun ist bei uns alles schön in Watter, Und 'unser Gott ist eine feste Burg', Denn wir hab'n doch als Kaiser einen — Luther, Und Präsident ist — 'Unser Hindenburg'!

Sie wird auch ferner stellen ihre Mannen, Denn jede Stunde kennt sie ihr Gebot: ...

Gegen die Spalter der Freidenkerbewegung

Monte, Wedel und Arzt mit Zustimmung sozialdemokratischer Arbeiter aus der Organisation der proletarischen Freidenker ausgeschlossen.

Nachdem die sozialdemokratischen 'Freidenker' Monte, Wedel und Arzt aus voller Kehle für den Pfaffenvertreter und Vertreter der Schwerindustrie gelehrt haben, nachdem sie das Programm der proletarischen Freidenker mit Füßen getreten und die sozialdemokratischen Freidenker zur Fraktionslösung zwick Spaltung der Bewegung zusammengedrückt haben, beginnen die Mitglieder der proletarischen Freidenkerorganisation, einschließlich sozialdemokratischer Arbeiter, gegen das Gebaren der sozialdemokratischen Führer zu mobilisieren.

In einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Vaubogütz-Dölsch wurde folgender Antrag gestellt: An die Bezirksleitung der proletarischen Freidenkerorganisation, Dresden.

a) Art. Monte und Wedel haben in öffentlicher Versammlung für die Kandidatur Marx Propaganda gemacht, dadurch gegen das Organisationsstatut Paragraph 1 verstoßen, sie sind deshalb auszuschließen.

b) Den Genossen Arzt, Scherber und Hentchel, Vaubogütz, ist eine Rüge zu erteilen, weil sie Flugblätter für Marx ausgeteilt haben.

Beide Abträge des Antrages wurden gegen nur eine Stimme von sämtlichen Anwesenden beschlossen. Die sozialdemokratischen Mitglieder bezogen bei der Abstimmung ihre Einverständnis. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben keine Lust, sich an den Papst verhängen zu lassen, sie halten das Freidenkerprogramm aufrecht, trotz der scheiternden Redensarten der linken Führer.

Gegen den sozialdemokratischen Minister Eisner

Der Allgemeine Mitbewohnerverein veranstaltete gegen die Erhöhung der Miete für Mai am Sonnabend eine überaus stark besuchte öffentliche Kundgebung, in der der Bundesvorsitzende Herrmann referierte. Eigentümlicherweise war eine Diskussion nicht zugelassen, obwohl in der schonbar radikalen Rede Herrmanns noch viel zu ergänzen gewesen wäre.

Die vorgelegte Entschädigung wurde einstimmig als Protest gegen die SPD, die die Mehrheit der Regierung bildet, beschlossen:

Entscheidung.

„Die sächsische Staatsregierung hat vor der Wahl durch die sächsische Staatszeitung veröffentlicht, daß die Maimiete unverändert bleibt. Diefelbe Staatszeitung verkündet nach der Wahl, daß die Maimiete auf 75 Prozent erhöht wird. Die Mietpreiserhöhung ist erfolgt, ohne daß bei der Überbrückung einberechneten Verhandlung der Nachweis der zwingenden Notwendigkeit der Mietsteigerung auch nur verlangt worden wäre.“

Sie ist erfolgt ohne die bisher übliche Anhörung des Vertreters des Sächsischen Gemeindetages, der vor Monatsfrist aus gleichem Anlaß dringend vor weiterer Erhöhung abtrat; sie ist erfolgt ohne die übliche mündliche Anhörung der die Lohn- und Arbeiterfragen vertretenden Ministerialstellen; sie ist erfolgt gegen die eindringlichen Einsprüche der Mietervertreter, die ohne Widerlegung durch das Ministerium nachgewiesen haben, daß die bisherige gesetzliche Miete nicht nur anreicht, sondern bereits namhafte Rente dem Hausbesitz zuführt.

Gegenüber dieser Liebesgabenpolitik der sächsischen Regierung zugunsten einer kleinen, aber begehrlichen Gruppe erhebt die Mieterkraft sächsischen Einspruch. Das Zahlungsbilanz der sächsischen Regierung läßt 30 Millionen Goldmark in die Taschen des Hausbesitzes, ohne daß damit dem dringend notwendigen Wohnungsgenossen auch nur eine Mark mehr zur Verfügung gestellt wird.

Zu einer so schwachen Regierung, die inner- halb weniger Tage in so bedeutungsvollen Fragen ihre Stellung derartig ändert, kann die Mieterkraft kein Vertrauen haben.

Sie erwartet vom Landtag ein energisches Einwirken auf die Regierung, um künftighin diese Liebesgabenpolitik auf Kosten der Schaffenden zu verhindern.“

Bürgerliche Pressemente gegen die Straßenbahner

Der Verkehrsband, die Organisation der Straßenbahnschaffner leidet unter folgenden Artfeln, zu dem wir nur zu sagen haben, daß die 'Arbeiterstimme', das Organ der Schaffner, die schimpfliche Notiz gegen die Schaffner nicht veröffentlicht hat. Es muß im Artikel des Verkehrsbandes aber heißen, daß die Notiz in sämtlichen bürgerlichen Tageszeitungen Dresdens erschienen ist.

In letzter Zeit bemühen sich die Stadt, Straßenbahn, bürgerliche Zeitungen und das Publikum den seit jähre Jahresfrist im Dienst befindlichen neuen Schaffnern das Leben so angenehm wie möglich zu machen. Die Direktion der Stadt, Straßenbahn fordert in einer Notiz, die in sämtlichen Tageszeitungen Dres-

dens unter dem Titel 'Ausrufen der Straßenbahnhaltstellen' erschienen ist, das Publikum auf Beschwerden über Schaffner einzureden, die nach Ansicht des Publikums die Haltestellen nicht rechtzeitig ausgerufen haben. Dem Verfasser dieser Notiz scheint der Verkehr in der Straßenbahn fremd zu sein, denn sonst müßte er wissen, daß es zu verschiedenen Tageszeiten, bei dem sogenannten Stoknerkehr dem Schaffner, der sich bemühen muß, die Fahrpläne zu verkaufen, ganz unmöglich ist, nach der Vor- schrift, nämlich 100 Meter vor der Haltestelle, dieselbe auszu- rufen, zu handeln.

Wir gehen mit der Direktion der Stadt, Straßenbahn über- ein, daß das Publikum so behandelt werden soll, daß es sich im Verkehr wohlfühlt. Wir dürfen wohl aber auch verlangen, daß dem Publikum gesagt wird, daß es sich selbst ein klein wenig darum zu kümmern hat, wann und wo es aussteigen will. Wir haben wiederholt die Erfahrung gemacht, daß trotz rechtzeitigen lauten und deutlichen Ausrufens der Schaffner, die Fahrgäste, welche in angeregter Unterhaltung waren oder ihr Leib- und Magenblatt eifrig kauderten, erst auf ihre Haltestelle aufmerk- sam wurden, wenn der Wagen sich wieder in Bewegung be- fand und dann nachher dem Schaffner grundlos heftige Vor- würfe gemacht haben.

Die 'Dresdner Neuesten Nachrichten' besitzen in ihrer Nr. 91 unter der Notiz 'Kund um den Kreuztum' die Ge- schmacklosigkeit, man möchte bald einen viel schärferen Ausdruf gebrauchen, 'von zahlreichen jungen, zuppigen Schaffnern' zu reden, die man auf das wehrlose Publikum allenfalls los- läßt. Wir kennen den Schreiber dieser geistreichen Zeilen nicht, wollen daher auch nicht die Behauptung aufstellen, daß er eben- falls ein zuppiger Kerl ist, wenn aber die Verleumdung der organisierten Schaffner mit aller Entschiedenheit zurück. Gegen solche nicht gerade annehmbare Behauptungen können sich die Schaffner nur dadurch wehren, wenn sie sich zeitlos dem Deut- schen Verkehrsband anschließen.

Volkslieder aus allen Ländern

Sieben Volkstämme mit ihren Sitten und Gebräuchen, sieben getreueste Völker sprachten am 1. Mai zu den Freiheits- Arbeitern, durch eine internationale Sprache: Die Musik.

Soemus spielte russische, polnische, englische, schottische, ita- lienische, ungarische, deutsche und jigeunerische Lieder. Im tiefsten Bemente die Anwesenheit des polnischen Biogen- fied. Umte das russische Gefängnislied. Das letztere spielte er zu Ehren aller Massenkämpfer, die hinter Gefängnismauern den 1. Mai nicht mit uns feiern konnten.

In der Erläuterung zu den englischen Volksliedern rezitierte Soemus kurz den Kampf der englischen Tourgeoisie gegen das russische Proletariat. Dabei schilderte er auch seine Verhaftung und schließliche Ausweisung aus England.

Die Volkslieder der Jigeuner, die von Soemus mit hin- reichender Leidenschaft gespielt wurden, lösten stürmischen Beifall aus.

Soemus, der durch seine letzten Konzerte in Dresden be- wiesen hat, daß er ein vollendetes Künstler ist, zeigte, daß er auch die einfachsten Volksweisen schlicht und innig zum Ausdruck bringen konnte.

Schrieb doch damals der 'Dresdner Anzeiger': 'Sein Spiel ist von einer seelischen Wärme, die ihre Wirkung unmittelbar und tief auf jedes Publikum ausüben muß'.

Kein Dresdener Arbeiter darf die Gelegenheit verpassen. Soemus auch in der Volkskunst kennen zu lernen. Die Kon- zerte finden in Dresden statt: Freitag, den 8. Mai, in der Reichstrasse, Büschelweg; Montag, den 11. Mai, im Volkshaus, Zwickauer Platz; Dienstag, den 12. Mai, in der Konkordia, Hamburger Straße.

Der Eintrittspreis ist auf 50 Hpf. (einmal um jeden Ar- beiter Gelegenheit zu geben, Soemus zu hören. Vorverkaufsstellen siehe Anschlagtafel).

Kraft-mittellose Arbeiter-Konkordanz. Auf vielfache Anfragen hin teilt das Stadt, Verkehrsband mit, daß die seit längerem peripente Kraft-mittellose Arbeiter-Organisation in Dresden, die im Juli dem Verkehr übergeben werden kann, vorerst in diesem Zwecke eine Reihe neuer Kraft-mittellose zu haben, um den Verkehr überhaupt aufnehmen zu können. Die ersten sechs Wagen werden im Juni abgeliefert werden.

Verkehr auf dem Körnerplatz. Zur Entlastung des Verkehrs auf dem Körnerplatz in Dresden ist seit einiger Zeit die Stand- ortsanlage der Straßenbahn in der Grundstraße verlegt worden, wo jetzt alle Straßenbahnlinien umfassen. Neuerdings ist außerdem eine große Fahrgastinsel auf dem Körnerplatz errich- tet worden, um die dort wartenden Fahrgäste vor dem übrigen Verkehr zu sichern. Auf der Insel wird später noch eine Wartehalle errichtet werden. Das Aus- und Einsteigen in die Wagen der Straßenbahn soll nur auf dem Körnerplatz erfolgen, das Be- steigen der Wagen in der Grundstraße ist aus Gründen der Sicherheit nicht gestattet.

Volkschule. Der Vortrag von Dr. Ludwig Prei- ler über Sozialdarwinismus findet Dienstag 7,30 Uhr im Volks- hochschulheim, Bismarckplatz 14, 1. St.



Die I.A.H. gegen ihre Verleumder

Heißt das Werk der proletarischen Selbsthilfe auszubauen!

Der Kampf gegen die Internationale Arbeiterhilfe wird von bestimmten Seiten unter Anwendung von Gemeinheiten und Verleumdungen geführt. Eine der gemeinsten Verleumdungen ist und bleibt: 'die I.A.H. unterstützt nur Kommunisten.' Daß dies nicht der Fall ist, können wir aus unserer vergangenen und gegenwärtigen Tätigkeit klar beweisen. So hat erst kürzlich die Besetzung des deutschen Konzerns im Delsniker Revier, in welchem gegen 5000 Arbeiter beschäftigt sind, eine Resolution angenom- men, in der es u. a. heißt: Wir, die wir selbst während der großen Absperrung der Bergarbeiter im Mai-Juni v. J. die Hilfe der I.A.H. genossen haben, erklären hiermit, daß wir aus eigener Erfahrung wissen, daß bei der Zu- teilung der Lebensmittel durch die I.A.H. an die Aus- gesperrten niemals nach der Partei- oder Gewerkschafts- angehörigkeit gefragt wurde, sondern daß alle ausgesperrten Arbeiter ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation berücksichtigt wurden. Wir betonen ausdrück- lich, daß für uns diese großzügige, echt proletarische Art der Kampfhilfe ganz neu war.

Wir stellen fest, daß die Hilfe der I.A.H. die einzig wirk- liche Kampfhilfe war, eben weil sie allen Arbeitern zuteil wurde, und beachten die wiederholten Versuche, die I.A.H. in Deutschland in einem falschen Licht ausländischen Mit- gliedern der I.A.H. darzustellen, als einen Kampf von Feinden der Arbeiterbewegung zur Zerstörung dieser proletarischen Hilfsorganisation.

(Namentliche Unterschriften des Gesamtbetriebsrates.)

Rundfunk

Mitteldeutscher Sender Dresden Weispitz (Welle 454) - Dresden: (Welle 292). Leipzig (Welle 454) - Dresden: (Welle 292). Mittwoch, den 6. Mai 1925. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise. 4 Uhr: Wirt- schaftsnachrichten: Landwirtsch. Baumwolle. 6.15 Uhr: 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Dasselbe: Wiederholung. 6.15 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Dasselbe: Fortsetzung und Mitteilung des Schriftstellers Walter Steinbauer: 'Mit dem Kurbelstaken ins exotische Land.' 7.30-8 Uhr: 1. Vortrag von Prof. O. Klamm von der Universität Leipzig aus dem Gebiet der angewandten Psychologie: Die heilenden Wirkungen der Leidenschaft. - 8.15 Uhr: Militärkonzert des 3. Bat. 11 (Sächs.) Inf. Reg. 1. Wehr- meisters Leipzig. Leitung: Obermusikmeister Bier. 1. Weber- Marsch. 2. Pözl: Fantase aus der Oper 'Carmen'. 3. Pözl: Ungarische Rhapsodie 2. 4. Söhrener: Das treudeutsche Herz. 5. Johann Strauß: Wiener Blut. 6. Söhrener: (etwa 9.30 Uhr): Preisbericht und Hasebells Sportfunkdienst. - 10.15-11.30 Uhr: Funkbreitl. Mitwirkende: Gertrud Bauer (Kolo- raten), Carl de Giorgi (Humorist), Eugen Oberer vom Alten- theater, Leipzig (Rezitationen), und die Rundfunkhauskapelle.

Wie wir schon berichtet haben, hat die I.A.H. für die gemäßigtesten Glasarbeiter in Bischofswerda eine Hilfs- aktion durchgeführt. Die Zahlstelle des Glasarbeiter-Ver- bandes landte an den V. A. der Internationalen Arbeiter- hilfe, Dresden, Güterbahnhofstraße 24, folgendes Schreiben:

Die Gewerkschaftsleitung des Glasarbeiterverbandes sagt hiermit dem Bund der Freunde der I.A.H. für die Unterstützung der gemäßigtesten Glasarbeiter den herz- lichsten Dank.

Insbondere gilt der Dank den Arbeitern des Sachsen- wertles Niedersehlen, die dem Ruf der I.A.H. gefolgt sind und die Mittel für die Hilfsaktion in wenigen Tagen sam- melten. Wir betonen allen Verleumdungen zum Trost, daß bei der Zuteilung der Lebensmittelpakete durch die I.A.H. die Ausgesperrten niemals nach der Partei- oder Ge- werkschaftszugehörigkeit gefragt worden ist, sondern daß alle gleichmäßig unterstützt wurden. Wir stellen fest, daß diese großzügige, echt proletarische Solidarität zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung weiter ausgebaut werden muß.

Bischofswerda, den 25. April 1925. Unterschrift.

Stempel des Glasarbeiterverbandes, Zahlstelle Bischofsw.

Dieses sind zwei klare, unzweideutige Beweise aus der Tätigkeit der I.A.H. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen- mädgen daraus erkennen den Wert der I.A.H. für die gelang- reichlichen als Mitglieder dem Bunde der Freunde der I.A.H.

In allen Orten, wo noch keine Ortsgruppe des Bunde der Freunde der I.A.H. besteht, ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, sofort an die Gründung einer solchen heran- zugehen. Nähere Auskunft erteilt der Landesauschuss der I.A.H. Dresden, Güterbahnhofstraße 24.

Kartell-Vollversammlung

Des Arbeiter-Sport-Kartells Blauenischer Grund

Zu Stelle des bisherigen Kassierers Genossen Gähler wurde Genosse A. Renan als Kartell-Kassierer gewählt. Alle Kartell- geschäfte sind in Zukunft nur mit dem Genossen Paul Brandt, Freital, Johannisstraße 7 zu erledigen. Zur Landes-Ver- sammlung der Arbeiter-Sport-Kartelle Sachsens werden die Genossen Ranzsch und Klischer gewählt.

Zu dem Bericht des Vorsitzenden über die gepflogenen Ver- handlungen mit der Geschäftsleitung des Konsumvereins inwärts betreffs Zurücknahme des Verbotes des Aushängens von Plakate in den Verkaufsstellen, wird beschlossen, einen entsprechenden Antrag an die Vertreterversammlung zu stellen.

Dem korporativen Besuch des Heimat-Komitees der Sport- freizeit stimmt man zu. Näheres wird noch bekanntgemacht, wo der Termin festgelegt ist. Es soll möglichst ein Abend in Woche gefunden werden. Der Vorstand wird erneut beauftragt Verhandlungen mit den Musikern und den Saalhabern ein- leiten. Obwohl die Musiker schon zweimal aufgefordert wor- den, zu Verhandlungen zu erscheinen, haben wir weder eine Antwort erhalten, noch die Vertreter der Musiker zur Ver- handlung erschienen. Der Antrag des Arbeiter-Bildungsau- schusses, welcher eine korporative Beteiligung an dem im August stattfindenden Arbeiterfest in Freital wünscht, wird nach ein- gehender Debatte mit der Begründung mit Mehrheit abgelehnt, daß es sich in diesem Falle um eine reine Veranstaltung einer Partei handelt und man der Konsequenzen halber eine korporative Beteiligung ablehnen müsse.

Bei der Stadtverwaltung sollen von Seiten des Kartell- entsprechende Schritte eingeleitet werden, um für die an der Arbeiter-Olympia teilnehmenden Sportgenossen Teilhabe an öffentlichen Mitteln zu erhalten. Von der Wahl einer Delegation zur Arbeiter-Olympia in Frankfurt von Seiten des Kartells sieht man vorläufig ab. Die Frage soll in den Vereinen nochmals eingehend zur Ausprache gestellt werden. Die in diesem Jahre stattfindenden großen Feste der Bezirksorganisationen sollen von allen Vereinen tatkräftig unterstützt werden. Soweit für die auswärtsigen Gäste Quartier benötigt wird, werden alle Mit- glieder ersucht, solche nach Möglichkeit zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitzende gab noch einen kurzen Bericht über den Stand des Vereins Freitaler Vereinshaus.

Mit dem Hinweis des Vorsitzenden, daß alle angeschlossenen Vereine die Pflicht haben, die Sitzungen und Vollversammlungen des Kartells regelmäßig zu besuchen, erfolgte Schluß der Ver- sammlung.

Die Veranaltungen des Kartells werden in Zukunft recht- zeitig in der 'Arbeiterstimme' bekannt gemacht. Wir ersuchen die Rubrik 'Spiel, Sport und Körperpflege' und 'Arbeiter- Sport' aufmerksam zu verfolgen.

Arbeiter-Sport-Kartell Blauenischer Grund.

Hirschfeld. Die am Sonntag, den 19. April, abgehaltene Monatsversammlung der Gemeinschaft proletarischer Freidenker war trotz reichhaltiger Tagesordnung nur mäßig besucht. Zu Punkt 1 erstatteten die Delegierten Bericht von der am 15. März im 'Schwarzen Adler' in Zittau stattgefundenen Bezirkskon- ferenz, wo unter anderem der Beschluß gefaßt wurde, den Gau aufzulösen und eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden Zittau und Neugersdorf zu bilden. Zu Punkt 2 wurde fol- gender Beschluß einstimmig gefaßt: Die Eltern, welche häufiger Ortsgruppe angefallen sind, ihre Kinder aber trotzdem in Religionsunterricht schicken und konfirmieren lassen, sollen aufgefordert werden, selbige abzumelden oder die Konsequenzen zu ziehen. Zu einer regen Ausprache kam es bei der Behandlung der Reichspräsidentenwahl. Eine große Anzahl sprach sich schärf gegen Marx aus. Des weiteren soll zu der jetzt stattfindenden Kirchenaustrittswoche jeder Genosse auf dem Posten sein. An- meldungen zur Ortsgruppe werden entgegengenommen beim Vorsitzenden Reinhard Behold, Lehde (Kolonie), und beim Ge- nossen Paul Schmidt, Schußstraße 36.

Proletarische Freidenker Hirschfeld.



# Das Hungerprogramm des Reichsernährungsministers

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde am 20. April in die Beratung des Etats des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft eingetreten. Graf Kanitz hielt eine Programmrede, die ihn vollkommen als Agent und gehorchen Diener der großen Landwirte kennzeichnet. Sein Wort über die trostlose Lage der kleinen Bauern und Pächter, sein Wort über die furchtbare Ernährungslage der hiesigen arbeitenden Massen und vor allem der Erwerbslosen, Invaliden, Rentner und ihrer Familien. Im Gegenteil! Die letzten Rechte einer staatlichen Ernährungsvorsorge sollen jetzt endgültig abgebaut werden.

Mit dem 1. Juli 1923 soll mit der Liquidierung der Reichsgetreidekasse begonnen werden. Schon letztes Jahr, meinte Herr Kanitz, hätte die „Landwirtschaft“ bereits ihre Beteiligung geleistet.

Heute würden die Getreidepreise 70-80 Prozent und der Brotpreis nur 10 Prozent über dem Preisstand.

Für den Landwirtschaftsminister mag diese beruhigend sein. Für die Millionen Werttätigen, deren Einkommen gegenüber Arbeitslosen neigen ist, und für die Erwerbslosen und Rentner bedeutet die sogenannte Brotlieferung eine Hungertat. Es ist bereits heute schwer, die Milch und die Kartoffeln, in erheblichem Maße abzugeben, die Milch und die Kartoffeln zu unerschwinglichen Preisen zu bekommen. Er gibt zu, daß der Konsum gegenüber dem Vorkriegszeitpunkt ist. Aber das scheint ihm wenig Kopfweh zu machen. Was kümmert einen ostpreussischen Junker die Frage, warum die hiesigen Massen nicht mehr fröhlich und glücklich leben können, welche Maßnahmen die vorhandenen Lebensmittel zu kaufen, welche Maßnahmen möglich und durchführbar sind, um den produzierten Lebensmitteln den Bedürfnissen zuzuführen? Er kennt nur ein Rezept, das Rezept aller Aristokraten: volle Wiederherstellung des sogenannten freien Marktes, d. h. der uneingeschränkten Absatzfreiheit. Dann werde Angebot und Nachfrage sich schon ausgleichen.

Darum muß neben der Reichsgetreidekasse auch jede Regulierung der Milchverteilung, wie sie heute noch in einigen Großstädten besteht, fallen. An ihrer Stelle empfiehlt Kanitz den „vollkommen“ freien Markt und spricht einige belanglose Worte über die Notwendigkeit, die allzu große Spanne zwischen Erzeugerpreisen und Kleinhandelspreisen zu verkleinern.

Die arbeitenden und unterernährten Massen trauern der bürokratischen „Zwangswirtschaft“ des bürgerlichen Staates nicht nach. Aber ebenso wenig können die werttätigen Massen sofort losziehen, wie die volle Wucher- und Ausplünderungsfreiheit der Junker und Händler wiederhergestellt wird. Sie dürfen nicht auf die hingehaltene Besinnung hängen, die ihnen eine Beringerung der Gewinnquote des Händlers vorschwebt. Die Forderung des werttätigen Volkes muß lauten: Umwandlung der Reichsgetreidekasse in ein wichtiges Organ der Volkswirtschaftsregulierung mit dem Recht der Getreidebeschlagsnahme gegen die Agrar-Unternehmer und Großhändler! Kontrolle des sozialen Institutes durch die Organisationen des werttätigen Volkes!

Die Hauptfrage des Grafen Kanitz gilt also nicht dem arbeitenden Volk, sondern den Agrarunternehmern. Was wollen diese mit dem überflüssigen Fleisch, mit der Milch und den Kartoffeln anfangen? Er stellt mit Verdringung den Rückgang der Getreideerzeugung fest, er empfiehlt die Verbesserung der Kollateralkasse, um mit Danemark kontarranzfähig zu werden; er behauptet die Arm im Spiritusgewerbe, wo doch die Erzeugerpreise der Kartoffeln in Deutschland nur 84 Prozent der Erzeugerpreise in England und nur 36 Prozent der amerikanischen Erzeugerpreise betragen. Besonders freut er sich über den geringen Zuckerertrag. Dieser Export von 3,8 Millionen Tonnen Zucker habe ein erhebliches Verdienst an der Stabilisierung der Mark.

Als Verehrer der landwirtschaftlichen Produkte und ihr Export, das ist das Programm des Reichsernährungsministers. Dem Arbeiterlande nimmt man die Milch, dem Arbeiter Brot und Kartoffeln, verarbeitet sie und führt sie ins Ausland. Wogegen doch die deutschen Kulis daheim verreden!

Natürlich spricht der Reichsernährungsminister auch über die Notlage des Weins, Obst-, Tabak- und Gemüsebaues. Er fordert 2 Millionen Mark zur Rettung des Weinbaues, verrät dabei mit keinem Wort, ob diese Mittel wie bisher nur den großen Besitzern oder auch den kleinen Winzern zugute kommen sollen. Wir Kommunisten fordern, daß alle Ausgaben zur Förderung der Landwirtschaft ausschließlich den arbeitenden Kleinbauern, Winzern usw. zugute kommen.

Den deutschen Waldbesitz nennt Graf Kanitz ein enormes Nationalvermögen. Versteht man aber, wieviel von diesem Wohlstand in der Hand von Feudalherren ist, die damit nur im eigenen Interesse haften und wachen. Für die Waldbesitzer hat er noch Steuererleichterungen und Kredite. Deutschland ist zwar Holzexportland, doch mußte durch Einfuhrbeschränkungen die Holzverwendung mit Auslands Holz vermindert werden. Das Kinderpeinigungswort ist zu Ende gegangen, teilt der Herr Graf mit und spricht den ausländischen Wäldern rührenden Dank aus. Der Landbesitzer hat auf die Frage der weiteren Kinderpeinigung keine Antwort.

Das Ausland, insbesondere Amerika, wiege nur wenig Interesse für landwirtschaftliche Produkte. Wenn es nicht gelte, das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft einigermassen zu befriedigen, so werde es ein ganz „schlimmes Ende“ nehmen. Von der Tatsache, daß gerade die kleinen und kleinen Landwirte und Pächter bisher bei allen Krediten leer ausgehen und daß die Wucherzinsen der Großbanken den kleinen Landmann erdrücken, kein Wort.

Der Hauptmann für Herrn Kanitz ist natürlich die Forderung des unendlichen Zolltarifs, ohne den keine vernünftige Handelsverträge. Kredit müßte der Zolltarif nötig sein, die Zolltarifprämie! Wir sind überzeugt, daß nach dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft, die Zolltarifprämie auf dem inneren Markt, die Zwangswirtschaft der großen Konzerne und Syndikate.

Zum Schluß berichtet Graf Kanitz von der Notwendigkeit, die Arbeit der Wirtschaft und Technik den werttätigen Massen der wirtschaftlichen Bevölkerung zugänglich zu machen. Die Staat geordnet und vom Händler ausgelagerten Kleinrenten sind dem Herrn Kanitz nicht sehr dankbar für die schönen Redensarten und Anweisungen über Anwendung von moderner Technik und wissenschaftlicher Betriebsführung. Jetzt aber brauchen sie etwas anderes: Boden zur Nahrung, Befreiung vom Bodenschulden, Entlastung vom Steuerdruck, langfristige, zinslose Staatskredite, Ausbau von Genossenschaften auch zur gemeinsamen Produktion und Verarbeitung von Agrarprodukten. Davon aber schweigt der gräfliche Minister.

Von den Landarbeitern redet er überhaupt nicht. An werttätigen Ernährung und Landwirtschaft im Interesse der werttätigen Massen hat diese Regierung und diese herrschende Gesellschaft eben kein Interesse. Hier ist auch mit kleinen Mitteln nicht zu helfen. Hiergegen muß der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen werden: für die proletarische Kontrolle, für die Sozialisierung, für die Herrschaft der Arbeiter und arbeitenden Bauern!

## Eine neue Friedensbotschaft

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Das „Berliner Tageblatt“ gibt bekannt, daß die neue Granate fertiggestellt habe, die die stärksten Panzerstangen eines Kriegsschiffes durchschlagen könne. Diese Erfindung, die bereits ausprobiert worden ist, dürfte beträchtlichen Einfluß auf die antisubmarine Ausrüstung der Flotte ausüben. In Plymouth wird gegenwärtig der erste Unterseeboot-Minierwerfer für die Flotte der Vereinigten Staaten von Amerika gebaut. Die Kosten des Baues, der in zwei Jahren vollendet werden soll, betragen 20 Millionen Goldmark.

# Etatdebatte im Reichstag

## Der „Wiederaufbau“ der deutschen Wirtschaft, eine Illusion

Zum Reichstags-Etat des Reichswirtschaftsministeriums im der Sonnabend-Sitzung des Reichstages (Sprach)

Genosse Roosen:

„Alle Einigkeit bestand zwischen den bisherigen Rednern, daß dem jetztgeleiteten Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Diese Einigkeit geht so weit, daß die Sozialdemokraten dem deutschnationalen Reichswirtschaftsminister Reubaus, dem Kapitän und Verwalter des Schwubs sowohl des „Volkshilfs“ als des „Reichshilfs“. Sie reben auf die Verfassung, das Ministerkabinett und den Etat demilligen. Aber diese Einmütigkeit täuscht nicht darüber hinweg, daß die Lage der deutschen Wirtschaft mit Ausnahme von Teile der Schwerindustrie trotz aller Stabilisierungsarbeiten nicht allzu rosig ist. Ihre Stabilisierung ist

### die Stabilisierung des Glubs

Sie bedeutet einhalb Millionen Dauerarbeitslose, die nicht wieder in die Produktion zurückfinden sollen, und von denen der deutschnationalen Abg. Leopold sagte: „Sie sollten eben sehen, wo sie bleiben.“

Man hat den deutschen Arbeitern gesagt — und die deutschen Gewerkschaftsführer haben sich bemüht, diesen Vers zu nachzubieten —, daß man durch längere Arbeitszeit und Überstunden die deutsche Wirtschaft gesund machen würde. Jetzt haben wir neben der Massenverelendung seit einhalb Jahren Leberleid, Lebererkrankungen und Heberarbeit. Die Folgen davon sind nach einhalb Jahren eine starke Stagnation der Wirtschaft. Dieses Mittel hat eine weitere Verelendung der Arbeiterschaft, aber keine Erleichterung oder Besserung der Wirtschaft gebracht. Dazu kommt, daß

### mit der Mark irgend etwas nicht in Ordnung

ist. Die „Industrie- und Handelszeitung“ meldet über eine Sitzung der Berliner Großbanken, die beschloß, Stützungsstellen fortzusetzen, um einer Krise mit ausreichenden Mitteln entgegenzutreten zu können. Wenn Luther auf dem Industrie- und Handelstag so eifrig das Vorliegen einer Inflationsgefahr demonstrierte, so ist dieser Eifer ein Beweis dafür, daß die Gefahr wirklich vorhanden ist. Die Reichsbank gibt ihre eigene Methode, durch Kreditbeschränkung die Währung aufrecht zu erhalten, auf, das bedeutet, daß ihre Kräfte erschöpft sind und die neuen Inflationen- und Geldschwächen gegenübersteht.

Diese Schwierigkeiten sind im Wirtschaftsleben begründet. Auf den Halben liegen an der Ruhr zehn Millionen Tonnen Steinkohle. Dieser Leberleib ist durch ein ungeheures Antriebsystem, durch Leberleiden und Vergiftungen mit riesigen Opfern an Blut und Leben aus den Bergarbeitern herausgepreßt worden. Der Kohlenkommissar stellt fest, daß die deutsche Wirtschaft zwei Millionen Tonnen Kohle pro Monat weniger braucht als im Jahre 1922. Dies könnte behoben werden, wenn der einzig richtige Ausweg, die Verabreichung der Kohlenpreise, beschritten würde. Aber das Umgekehrte geschieht. Das Kohlenmonopol hält mit Zustimmung der Regierung die Kohlenpreise hoch. Die Diktatur der Schwerindustrie verhindert eine Erhöhung der Produktion und die Verminderung der Erwerbslosigkeit.

Eine ähnliche Krise besteht in der Textilindustrie. Die Textilindustrie konnte sich erhebliche Auslandskredite verschaffen und steigerte damit seine Produktion ansehnlich. Jetzt liegen große Bestände auf Lager. Das Volk schreit nach Kleidung, aber es kann die mit Auslandskrediten produzierten Waren nicht bezahlen, und wir haben eine lang anhaltende Krise der Textilindustrie.

Durch die Senkung der Getreidepreise im Ausland haben sich die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft erhöht. Die Senkung der Getreidepreise bringt aber keine Erleichterungen, denn die Verbilligung bleibt im Getreide- und im Zwischen-

handel stecken. Die kleinen Bauern erhalten weniger für ihr Getreide, eine Senkung der Getreidepreise ist jedoch nirgends zu verspüren. Das wird weiter zur Verelendung der Wirtschaftslage Deutschlands beitragen. Die vorausgesetzte Besserung der Bauernindustrie ist nicht eingetreten, was zum Teil auf die Erhöhung der Preise durch die Eisenindustrie zurückzuführen ist.

### Das jetzt Steuerregime

bedeutet eine Steuererhöhung von hinterwärts. Der letzte Großen mit dem deutschen Volk aus der Tasche geholt. Die herabgesetzte Steuererhöhung ist das, was Sie mit den Preiserhöhungen leicht durchzuführen. Als die deutsche Landwirtschaft, die Großrentner im März v. J. 265 Millionen Kredit bekamen, nahm jeder an, jetzt würden die Preise herabgesetzt. Aber im Jahr letzten die Preiserhöhungen, insbesondere für das Brot, an. Der deutschen Industrie wurden zwei Millionen Steuererleichterungen gegeben, kurz darauf wurden die Preise gesteigert. Ebenfalls herabsetzung der Lohngebühren. In den Monaten der Auszahlung der 75 Millionen wurden die Kohlen- und Eisenpreise erhöht. Die Eisenindustrie behielt damals, die Preise für Eisen von 10 auf 125 Mark hochzusetzen, also um 10 Prozent. Dazu wurden Einschränkungen der Produktion vorgenommen.

Bei all diesen reaktionären Maßnahmen kommt der Wirtschaftsmittler her und erklärt dieser Tage,

### das Wirtschaftsministerium wehrt sich dagegen, daß die Löhne in den einzelnen Sparten gesteigert würden,

denn dadurch würde das ganze Lohnniveau nachgezogen werden, und neue Leuerung und Preissteigerung würden einleiten. Wir haben im Ausschuss in einem Antrag gegen die Ausführungen des Ministers protestiert, fanden uns aber einer Einheitsfront mit den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen gegenüber. Wir wenden uns gegen einen Versuch, die Arbeiterschaft durch Erweigerung der Lohnspanne zu zerplittern, was von dem Reichswirtschaftsminister propagiert und von den Gewerkschaftsführern bereits unterjährt wird. Die alte Methode hat bereits Reichsfinanzminister v. Schlieffen angewandt, der den unteren Beamten keine Zulagen, 17 Prozent, aber den oberen Beamten 71 Prozent Lohnzulage zukommen ließ.

Denn die Gefahr der Verteuerung der Lebensmittel und der Rohstoffe erhöht sich durch

### die Zollpolitik der Regierung.

Die Sozialdemokraten fordern den freien Zolltarif, die Volkspartei den großen. Die Volksgemeinschaft von Marx bis Hindenburg wird sich auf dem Mittelwege finden. Herr Kanitz, der Reichsernährungsminister, sagt, ohne Landwirtschaftsminister, die Industriezölle. Das bedeutet weitere Leuerung, Verelendung der Arbeiterschaft und Niederbrückung der Lebenshaltung.

Das Bestreben des Schwerekapitals, die Wirtschaft einzunengen, sie nur auf wenige große Konzerne unter Vernichtung des Mittelstandes und großer Arbeiterschichten zurückzuführen, wird von der Regierung unterstützt. Der Staatssekretär Popitz sagte im Steuerausschuss, daß den großen Konzernen unter dem Druck des Schwerekapitals Steuererleichterungen gewährt wurden. Das Ziel ist neue Vermögensbildung und Bereicherung einer kleinen Schicht. Und diesem Ziel wird

### die Sozialpolitik gepflegt,

wird jede Lohnerhöhung bekämpft, der Beamtenabbau fastgeleitet und die Renten der Kriegsschädigten und Erwerbslosen herabgedrängt.

### Wir fragen die Regierung, wie es mit den

### Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland

steht. Wir müssen hier feststellen, daß dem deutschnationalen Minister Reubaus die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich, also des angeblichen Erbfeindes, sehr am Herzen liegt.

Ebert, Marx und Hindenburg, sie sind sich einig in der Ausbeutung der Arbeiterschaft im Interesse der kapitalistischen Ausbeuter. Wir werden die Arbeiterschaft überall über den wirtschaftlichen Stand der Wirtschaft aufklären und werden sie mobilisieren und führen im Kampfe gegen diese Wirtschaft.

Die Wiederherstellung der Volkswirtschaft sehr bedeutsam sind und die fünfjährige schwedische Delegation als Freunde des russischen revolutionären Proletariats nach Schweden zurückkehren.

Die schwedische Delegation überreichte der russischen Brudergewerkschaft ein Schreiben, worin unter anderem erklärt wird, daß die Delegation die Festigung der Erzeugnisse der russischen Revolution und die Verwirklichung der engsten Zusammenarbeit der Arbeiter der Sowjet-Union mit den Arbeitern der anderen Länder wünscht, mit dessen Hilfe die internationale Arbeiterschaft erfolgreich gegen das organisierte Weltkapital kämpfen könnte.

Die einstimmig angenommene gemeinsame Resolution lautet:

„Die Gewerkschaften der russischen und schwedischen Post-, Telegraphen- und Telephon-Angestellten begrüßen die Ergebnisse der Londoner Gewerkschaftskonferenz als den bisher wichtigsten Schritt zur internationalen Gewerkschaftseinheit, der Zusammenfassung der Post- und Telephon-Angestellten in eine einheitliche Internationale ist notwendig, der Wunsch der russischen Gewerkschaft, in die Internationale aufgenommen zu werden, ist zu unterstützen.“

## 20000 Thüringer Glasarbeiter im Kampf

Am 20. Mai 10000 Arbeiter der Glasindustrie sind auf dem Thüringer Wald wegen Lohnunterschieden in den Umstand getreten, und dadurch die Arbeiter und Bauarbeiter 10000 Mann zur Aussperrung ihrer sämtlichen Arbeiter (gleichfalls 10000 Mann) veranlaßt worden.

## Die Duisburger Hafenarbeiter kampfbereit

Duisburg. Eine Versammlung der Hafenarbeiter nahm von der Tarifbindung des Hafenbetriebsbereichs Kenntnis und beschloß, den Kampf anzunehmen. Die Vertrauensleute sollen für einen Kampffonds sorgen. Die Bewegung soll dazu benutzt werden, nicht nur das bisher Erzwungene anzurufen, sondern noch Verbesserungen, besonders bezüglich der Arbeitszeit, in den Tarif hineinzubringen.

## Die Arbeiterkämpfe in Hamburg

Hamburg. (Eigene Drahtmeldung.) Die Hamburger Arbeiter haben in der Kräftigung des Schiedspruch angenommen; von den Unternehmern wurde er abgelehnt. Der Schiedspruch für die Hafenarbeiter, der 10 Wg. Lohnhöhung vorsieht (Schichtlohn 6,70 Mark), wurde von beiden Teilen anerkannt. Von der Bauarbeiteraussperrung ist zu berichten, daß die Unternehmer erklärten, über eine Lohnhöhung von 12 Wg. die schon am 26. März gewährt wurde, nicht hinausgehen zu können. Der Kampf geht weiter.

## Der „Dreibund“ in England

London. Auf der gemeinsamen Konferenz der Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter des Bezirks Edinburgh wurde ein Aktionskomitee gebildet. Dieses Komitee hat die Aufgabe, die Einheitsfront der Arbeiter zu verwirklichen bei den augenblicklichen Forderungen nach Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das Aktionskomitee ist gebildet aus Vertretern der drei Verbände und der Ortsstellen.

# Aus den Gewerkschaften

## Achtung! Fabrikarbeiter Dittschens!

Wählt revolutionäre Delegierte zum Verbandstag. Am 10. Mai konzentriert die Opposition bei den Verbandstagswahlen ihre Stimmen auf folgende Kollegen:

Zahlstelle Dresden: Max Gortien, Friedrich Gleitsmann; Karl Kupfer, Friedrich Thoms.

Zahlstelle Baunzen: Max Gottsch, Friedrich Adolphshütte.

Zahlstelle Heidenau: Karl Reuters, Pirna.

Zahlstellen Kadoburg, Kadoburg und Zittau: Bruno Schiefer, Kadoburg.

Bei der Wahl der Delegierten zum

## Gewerkschaftstoungrek

die am gleichen Tage stattfindet, konzentriert die Opposition ihre Stimmen zehlos auf den Kollegen

## Willy Schneider, Freital

Jeder oppositionelle Fabrikarbeiter hat die Pflicht, am 10. Mai von keinem Wahlscheit Gebrauch zu machen. Bei Stimmentabgabe sind die Mitgliedsbücher vorzulegen. Ohne dieselben kein Wahlrecht.

## Achtung! Betriebsräte!

Für die Betriebsrätegruppe 2 (Wagengewerbe und Industrie der Steine und Erden) findet Dienstag den 5. Mai, abends 7,30 Uhr, im Volkshaus, Soos 1, Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die tägliche Arbeiterwohlfahrt. Ref.: Finckert. 2. Verschiedenes.

Alle freigewerkschaftlichen Betriebsräte der Ziegel-, Ton- und Steingutfabriken, Kalkstein-, Marmor-, Stein- und Eisenerzwerke, Zementwerken und Gipsfabriken, Glas-, Glashütten, Zementwaren- und Gipsfabriken, Glas-, Glashütten, Spiegelabriken, Hoch- und Tiefbau, Straßen-, Gaswerke, Wasserbau müssen diese wichtige Gruppenversammlung besuchen.

## Schwedische Gewerkschaftsdelegation in Rußland

Moskau, 5. Mai. Die schwedische Delegation der Gewerkschaften der Post- und Telephonangestellten, die in Leningrad und in Moskau die Lage der russischen Kollegen eingehend studiert hat, reiste nach Stockholm ab. Vor der Abreise fand eine vereinigte Abschiedssitzung des Zentralkomitees der Gewerkschaft der Post- und Telephonangestellten Rußlands, der Vertreter der russischen Betriebsräte und der schwedischen Delegation statt, deren Mitglied Mattelin erklärte, daß die Delegation sei nach Kennenlernen aller positiven und negativen Seiten des Lebens der Sowjet-Union zur Überzeugung gekommen, daß die Erzeugnisse des russischen Proletariats auf dem Ge-

Be-  
so behar  
In Pra  
handelt. D  
ihren Zeit  
zierungsfo  
Herr S  
das Kind  
genannt w  
länglich der  
für aufs ne  
nicht wahr  
vierenhaus  
ual deutlic  
Herr S  
zierungsfo  
kante. Ab  
Volksparte  
sich nicht  
zwei fleis  
schade im  
Zentrum;  
meinen, Her  
mindestens  
Das le  
mann, hing  
politische,  
jene Minde  
Verhandlun  
Heil S  
der Spötic  
„rehabilit  
er in Paris  
den Mann  
Die G  
Natur  
und die D  
erch um  
es handelt  
zum Sohn  
Die A  
leid die G  
auf der G  
zu bilden;  
Kommun  
Doch S  
worten: „  
sollte nicht  
ist da nicht  
Gcrab  
Glaub  
müde in e  
erhebe die  
spielen?  
Nein,  
sollen wir  
Der S  
Ich in We  
zu sein  
Desshalb  
wollt, mi  
hören,  
beim T  
zu sein in  
Ich  
kann end  
keine Ein  
Führt ein  
sowas  
terer) V  
programm  
Die S  
Schwer  
schwerpro  
lösung in  
Kollen, u  
rungen a  
lösung in  
da das S  
nicht  
Hindenu  
D  
Was  
Hut die  
feine W  
auf die  
Telegr  
Er kom  
bild auf  
zu Betr  
neu. S  
Uns  
desmal  
aus Pet  
trobalt,  
Man fr  
tionare,  
gärten  
teidigun  
Ueberga  
Der  
raich, o  
Begrüß  
tenbaj  
ben in  
Konjere  
Regieru  
Nach  
Reich  
den mit  
mutiget  
tagen, d  
Kompr  
Ausbru  
Surrat  
Antona  
Jha, i



## Weshalb schweigen die „Republikaner“ so beharrlich über unser Angebot in Preußen?

In Preußen wird wieder einmal hinter den Kulissen gehandelt. Die patriotischen Republikaner verhandeln eifrig mit ihren „Feinden“, den Monarchisten, über eine gemeinsame Regierungscoalition.

Herr Heilmann, jene „Stütze deutscher Kultur“, wie er, da das Kind stets einen Namen haben muß, vor wenigen Wochen genannt wurde, bekannert, wie es sich von selber versteht, ausschließlich der Wahl des Republikaners Hindenburg; wir schwören dir aufs neue unwandelbare Treue. Der Oberrepublikaner Koch sucht wahrscheinlich die alten Mandatkräuter aus seiner preussischen Reichthauskammer heraus und studiert, auf alle Fälle, so sind einmal deutsche „Republikaner“, eine Kaisers-Geburtsstags-Rede.

Herr Braun, kein Talent und kein Charakter, hat eine Regierungserklärung von sich gegeben, daß es einen Hund jammern könnte. Aber nicht einmal das hat ihm genügt. Er lädt die Volkspartei: „Willst, seiner Krabe, du mit mir gehn?“ und spricht ihnen, daß seine Söhne und Töchter, 8 Millionen für zwei kleine Posten, sie „schön warten“ werden, jene aber grinsen schamlos und zitieren den Wahlspruch des „republikanischen“ Zentrums: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben.“ Damit sie meinen, Herr Braun würde sich als ihr heilungsfähiger Hausarzt mindestens so schön machen, wie in Amt und Würden.

Das leuchtende Juwel der Preußenfraktion der SPD, Heilmann, hingegen, der sich auf Geschäfte, wenn auch nicht auf politische, versteht, erklärt, die Vorschläge der Kommunisten, jene Mindestforderungen des „Offenen Briefes“, seien eine erste Verhandlungsbasis.

Heil Heilmann! Heil dem Ranne, der da glaubt, im Rate der Spötter, in dunkler Dunkelkammer, hinter den Kulissen „verhandeln“ zu können, d. h. zu schwärzen und alle Kräfte, die er in Formals entscheidender Gesellschaft älteste Jahre geübt, an den Mann bringen zu können, um Zeit zu gewinnen.

Diese Spekulation wird daneben gehen.

Natürlich sind unsere Vorschläge eine Verhandlungsbasis, und die dummschlaue Bemerkung Heilmanns, es handle sich ja auch um „Forderungen der SPD“, ist mehr dumm als schlau; es handelt sich um Mindestforderungen — jedes, der sich nicht zum Sohn Republikaner schimpft.

Die kommunistische Partei hat in der vollsten Deffektivität die „republikanischen“ Parteien in Preußen aufgefordert, auf der Grundlage dieser Mindestforderungen eine Regierung zu bilden; bei der Durchsetzung dieser Forderungen werden die Kommunisten eine Regierung unterstützen.

Doch Heilmann will mit parlamentarischen Tricks antworten: „Die Forderungen sind gut“, sagt er, „aber ein Teil davon kann nur von Reichswegen durchgeführt werden, Preußen ist da nicht kompetent.“

Gerade diese Antwort wollten wir hören.

Glauben die „Republikaner“ wirklich, wir würden eine Kommode in einer „Einfrage“ agieren, während sie im Reich ebenso hieher in der Lutherischen reaktionären Regierung mitspielen?

Nein, Herrschaften, auf Schwänbel mit verteilten Rollen sollen wir uns bestmöglich einbringen.

Der Zentrums Aufgabe ist es, in beiden Koalitionen dabei zu sein.

Wir aber erklären laut und wiederum in der vollsten Deffektivität: Wenn ihr in Preußen eine „Einfrage“ stellt, müßt ihr im Reich die Lutherregierung nach Hause schicken. Wir haben ein Mindestprogramm aufgestellt, ohne dessen Durchführung und zwar überall, ein „Republikaner“ sich nicht zu nennen darf, wie es sich gehört, nämlich Monarchie!

Ihr aber, die ihr nur parlamentarisch zu „denken“ pflegt, könnt euch nicht einmal damit herausreden, daß im Reichstag keine Mehrheit für diese Mindestforderungen zu finden ist. Bildet eine Regierung auf dieser Grundlage im Reich, und wir Kommunisten werden bei der Durchführung ihres (nicht unehrlichen) Programms, das für uns ein selbstverständliches Teilprogramm ist, unterstützen.

Die Zeit des Schwänbelns ist vorbei. Jeder monarchistische Gesichts schmähen und nichts tun, das ist bequem. Aber der schwarzrotgoldene „Blut“ steht vor seiner Auflösung: Auflösung in der Lächerlichkeit und Verachtung der breiten Massen, wenn er nicht einmal die elementarsten Mindestforderungen annehmen und durchführen für notwendig hält, Aufhebung im Monarchismus, oder Auflösung in seine Bestenstücke, da das Zentrum diese Mindestforderungen nicht annehmen kann und nicht annehmen will, weil es so „republikanisch“ ist, wie Hindenburg.

Das ist die Situation, und das wollen und werden wir Kommunisten beweisen. Wir verhehlen das nicht im geringsten. Ein Gegenbeweis kann nur durch Taten, nicht durch kleine Tricks, geführt werden.

Ein solcher kleiner Trick wäre beispielsweise die Auflösung des Preußenhauses. Wir werden sie begrüßen. Denn wir werden es dem „Blut“ der „Republikaner“ unumgänglich machen, sich um die Beantwortung seiner eigenen republikanischen Fragen zu drücken. Dieser „Blut“ wird dann schon während der Wahlen auseinanderfallen. Desto besser; das gibt ein klares Gesichtsfeld für alle Arbeiter und alle Ausgebeuteten. Das gibt den Beginn einer neuen reinlichen Scheidung nach Klassen, ohne welche die Monarchie in Deutschland absolut sicher wieder hergestellt werden wird.

Woh! auf, famole „Republikaner“! Eure Tricks sind Wasser auf unsere Mühlen. Eure permanenten Wahlbewegungen mit den Scheintänzen vor der Wahl und dem heißen Einernehmen in großen Koalitionen hinterher, eure gewaltigen Per-



Wie die Demokratie nach der Wahl den Monarchismus bekämpft —

sondierungen vorher und euer Bankrott hinterher, euer Geschwätz über „Entscheidung der Geschicke des Volkes“ fünfmal im Jahr, alles das distanzierst euren Parlamentarismus, eure Demokratie und euch selbst.

Herr Heilmann, wie steht's mit der „Verhandlungsbasis“?

## „Die geschichtliche Aufgabe des Reichsbanners ist erledigt!“

Karl Senzing, junger und junger Innenminister in Preußen, hat sich im preussischen Landtag gegen die Angriffe seiner früheren Koalitionsgenossen von der Deutschen Volkspartei verteidigt. Das Reichsbanner hat er wegen seines „lauten Auftritts“ gerügt und dabei folgenden Satz von sich gegeben: Die geschichtliche Aufgabe des Reichsbanners ist erledigt!

Das war kein solcher Jungerhals Senzing hat recht und einer politischen Tautologie Ausdruck gegeben.

Denn die geschichtliche Aufgabe des Reichsbanners war ja, die Kuffische zu sein, hinter der die Bourgeoisie arbeiten konnte. Mit der Führe, die „Republik“ müsse „geschützt“ werden, sollten die Arbeiter vom Kampf gegen die Bourgeoisie abgehalten werden.

Und jetzt? Jetzt hat die schwarz-weiß-rote Bourgeoisie offen die Macht übernommen und braucht keine Kuffische mehr von schwarz-rot-goldenen Republikanern. Das belanglos jetzt die schwarz-weiß-rote Verbände, deren geschichtliche Aufgabe es ist, nach und brutal den weißen Terror gegen die Arbeiter zu propagieren und auszuüben.

Wenn aber die geschichtliche Aufgabe des Reichsbanners erledigt ist, so steht vor den Arbeitern im Reichsbanner eine neue Aufgabe auf der Tagesordnung.

Der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und gegen ihre Trabanten, das ist die geschichtliche Aufgabe, die vor der gesamten Arbeiterklasse steht. In der Erfüllung dieser Aufgabe mitarbeiten, ist Aufgabe jedes Klassenbewussten Arbeiters. Aus der Festhaltung des roten Front der Bourgeoisie die rote Front gebildet werden muß, die unter Führung der SPD, die Bourgeoisie nieder schlägt.

## Die SPD stellt sich schließend vor Hindenburg

Der Schwesiger Landtag beschloß mit den Stimmen der Sozialdemokraten, den kommunistischen Landtagsabgeordneten Ambs für mehrere Sitzungen auszuschießen, weil er Hindenburg in einem Zwischenruf als Massenmörder bezeichnet hatte.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, daß Hindenburg verfassungsmäßig zum Präsidenten der Republik gewählt worden sei und als solcher mit allen Mitteln geschützt werden müsse.

So sieht der Kampf der sozialdemokratischen Führer gegen den Monarchisten Hindenburg schon nach einigen Tagen nach der Wahl aus! Sozialdemokratische Arbeiter! Gebt den Hindenburgführern in euren Reihen die einzig mögliche Antwort: Deraus aus der sozialdemokratischen Hindenburgpartei! Hinzu in die rote Klassenfront des revolutionären Proletariats!

## Die SPD soll ihren Namen ablegen

Der Chefredakteur des Stimmensentralorgans „NS“ verhöhnt die SPD wie folgt:

„Daß die sozialdemokratischen Arbeiter in so großen Massen der Parteiparale gefolgt sind, und für den im letzten Welen selbstverständlich absolut reaktionären Herkules Kandidaten gewählt haben, macht in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Epoche. Sie hat damit alles preisgegeben, was sie aus den Zeiten, wo sie noch auf den Namen: Sozialdemokratische Partei Anspruch erheben konnte, kennzeichnet. Zum Teufel ging der Spiritus, das Phlegma so geblieben. Sie ist der frühesten alten Sozialdemokratie heute so ähnlich wie der Bär am Himmel dem Bären auf der Erde. Es wäre Zeit, daß sie ihren Namen ablegte. Sie ist jetzt eine brave Kleinbürgerliche Partei geworden und sollte ihre alte löcherige Föhnhaut endlich in die Erde schmeißen.“

Mit anderen Worten, das Schwerkopital braucht die acht Millionen sozialdemokratischen Wähler nicht zu fürchten. Das oppositionelle Getöse und Geschrei der SPD-Parlamentarier in der Föhnhaut eregt nur den Hohn und Spott der Stimmensichters. Die 2 Millionen kommunistischer Stimmen gegen dem Schwerkopital anders. Sie sehen in ihnen einen erprobten Feind, weil die SPD, dem Kapital mit revolutionären Methoden wirklich zu Leibe rückt.

## Monopolisierung der deutschen Textilindustrie

Berlin, 2. Mai. Zwischen der Gruppe R. S. Arnold jr. in Greiz und der Deutschen Wollenwaren Manufaktur Aktien-Gesellschaft in Grünberg i. Schlef. ist ein Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen worden, welcher außer einem gemeinsamen Vorhaben beider Gruppen in allen den Eintauf, die Fabrikation und den Verkauf im In- und Ausland betreffenden Fragen, insbesondere die Pflege ihrer gemeinsamen Interessen auf dem Gebiete der Streichgarn-Fabrikation, zum Gegenstand hat. Es erfolgt die gegenseitige Zuwahl führender Persönlichkeiten beider Gruppen in ihre Ausschüsse, während ein Ausschuss beider zunächst nicht festgehalten hat.

Der Gruppe R. S. Arnold jr. gehören: Kammgarnweberei B. S. Arnold jr., Greiz; Simons & Krawenz Kamf., Leichlingen (Rhld.); Kammgarnweberei Gera A.G., Gera; Seidenweberei Gagne A.G., Gera; Tuchfabrik G. A. Thalmann, Pöckel (Thür.); Sächsischer Stoffsabrik und Appreturanstalt A.G., Reichenbach i. B.

Zu ihrem Interessenzentrum gehören ferner: Tuchfabrik A. G. Kalmner A.G., Böhmte i. Thür.; Tuchfabrik Gebr. Pfau, Komm.-Gel., Grimnitzhausen.

Die Deutsche Wollenwaren Manufaktur Aktien-Gesellschaft ist an der Tuchfabrik Carl Eichmann A.G., Jülichhausen, beteiligt. Sie ist in einem Interessengemeinschaftsverhältnis mit der Firma Wolf, von Beer, Sagan, und in freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Deutschen Textilwerken, Jittau (Wagner & Co., Wagner & Moras, Mühlendes Erden).

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Reudap“ Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

## DIE REBELLEN

„Erinnerungen aus der Revolutionszeit“ von V. G. Dudenko

Deutsch von Eduard Schlemann Verlag: Carl von Ossietzky, Hamburg 5 (27. Fortsetzung.)

Über die Nachricht von dem begonnenen Kampfe erfüllt die Herzen nicht mit Unruhe und Angst. Man sieht keine Panik, keine ratlosen Gesichter. Alle warten ruhig auf die kommenden Ereignisse. Fortwährend kommen Telegramme von Kerenko mit schrecklichen Drohungen. Er stemmt die Vertreter der Flotte, die in diesem Augenblick auf der zweiten bolschewistischen Konferenz anwesend sind, zu Verrätern. Aber seine Telegramme sind für uns nicht neu. Sie werden einfach nicht beachtet.

Unter Geschwömmern wird die Konferenz eröffnet. — Diesmal ohne unruhige Erwartung der „berühmten“ Gäste aus Petersburg, ohne Sorgen um die Sagen des Zentrums, ohne Streitigkeiten mit den feindlichen Parteien. Man sieht weder Bolschewisten noch rechte Sozialrevolutionäre, es ist niemand da, der die Arbeit hindert. Alle Delegierten haben nur den einen Gedanken: Petersburgs Verteidigung, Ergreifung der Regierungsgewalt und ihre Uebertagung an die Sowjets.

Der ganze zeremonielle Teil der Konferenz mißfällt sich rasch, ohne Störung ab. Ich verleihe eine ganze Reihe von Begrüßungstelegrammen von den einzelnen Schiffen, Flottenkommanden und Armeekomitees. Alle diese Telegramme leben in der Hoffnung und in der Ueberzeugung, daß die Konferenz Mittel und Wege finden werde, die verhasste Regierung Kerenkos endgültig zu beseitigen und die Flotte in die Hände der Sowjets zu legen. Stürmischer Beifall begleitet die Verlesung der Telegramme. Alle horchen mit gespannter Aufmerksamkeit auf die Stimme der mutigen Rebellen in Kronstadt, die sogar nach jenen Tagen, als Kerenko auf der Höhe seiner Macht stand, alle Kompromisse handhaft zurückwies. Plötzlich ein lauter Ausbruch von stürmischem Beifall und nicht endenwollende Hurrahs. Alle erheben sich. Durch den Sitzungssaal geht Antonow-Owsienko langsam zum Tisch des Präsidiums. Ihn, ihren Liebling, begrüßt die Konferenz. Er spricht

im Namen der bolschewistischen Fraktion und fordert die Verlesung auf, einen Aufruf an die proletarische der ganzen Welt zu richten. Seine Worte rufen begeistertere Ovationen hervor, und der Aufruf wird sofort radiotelegraphisch abgelesen. Er richtet sich an die Arbeiter und Soldaten der ganzen Welt: Hallet das Blutvergießen auf, verhindert den Angriff gegen die revolutionäre Flotte, den Angriff eurer blutigen Herrscher! Hier ist der Text dieses Aufrufs, der von Antonow im Auftrag des Zentrums verlesen wurde:

## Die zweite Konferenz der Vertreter der bolschewistischen Flotte.

An die Unterdrückten aller Länder!

Brüder! In schicksalshemer Stunde, da das Signal zum Kampfe, das Signal zum Tode erklingt, erheben wir unsere Stimme zu euch und senden euch unsere Grüße und unser Vermächtnis! Von überlegenen deutschen Kräften attackiert, geht unsere Flotte in ungleichen Kampfe zugrunde. Kein einziges unserer Schiffe wird dem Kampfe ausweichen, kein Matrose besetzt seinen Heimathafen betreten. Die verkleumdete Flotte wird ihre Pflicht der Großen Revolution gegenüber erfüllen. Wir haben die Verteidigung der Front und des Zuganges nach Petersburg übernommen und werden unsere Verpflichtung halten. Wir tun dies nicht auf Befehl eines lebenden russischen Sowjats, der seine Existenz der Langmut der Revolution verdankt. Wir stehen nicht in den Kampf, weil wir die Petträge halten wollen, die unsere ehemalige zaristische Regierung mit den Verbündeten geschlossen hat und durch die die russische Freiheit in Ketten gelegt wird. Wir erfüllen die höchste Pflicht unseres revolutionären Bewußtseins. Wir gehen in den Tod mit dem Namen der Großen Revolution auf den Lippen und im heißen Herzen der Kämpfer. Die russische Flotte war immer in den ersten Reihen der Revolution. In dem Buße des großen Kampfes gegen den verhassten Zarismus stehen die Namen der Seeleute an ehrenvoller Stelle, und in den heißen Tagen der sich entfaltenden Revolution schritten die Seeleute stets Seite an Seite mit der Avantgarde auf dem Wege zu ihrem endgültigen Ziel — der vollständigen Befreiung aller Werktätigen. Und dieser Kampf gegen die vaterländischen Räuber, ein Kampf auf Leben und Tod, gibt uns das heilige Recht, euch, Proletariat aller Länder aufzurufen zu dem Aufstande gegen eure Unterdrücker. Werft

die Fesseln von euch! Erhebt euch zum Kampfe! Wir haben nichts außer Ketten in dieser Zeit zu verlieren. Wir leben von dem Glauben an den Sieg der Revolution. Wir wissen, daß unsere Brüder ihre Pflicht auf den Barrikaden der letzten Schlacht bis zu Ende erfüllen werden. Wir wissen, daß dieser letzte entscheidende Kampf nicht weit fern ist. Die große Schlacht entzündet, alles erpicht von den Flammen der Aufstände der Unterdrückten der ganzen Welt. In der Stunde, in der die Wellen des bolschewistischen Meeres vom Blute unserer Brüder sich färben, in der die dunklen Gewässer über ihren Leichnamen zusammenschlagen, in dieser Todesstunde erheben wir unsere Stimme zu euch, senden euch unseren letzten heißen Aufruf, euch, den Unterdrückten der ganzen Welt.

Erhebt das Banner des Aufstandes!  
Es lebe die Weltrevolution!  
Es lebe der gerechte allgemeine Friede!  
Es lebe der Sozialismus!

Nachdem dieser Aufruf von der ganzen Verlesung mit einemmütigen Beifall angenommen wurde, richtete die Konferenz einen zweiten Aufruf an die russischen Seeleute, in dem diese aufgefordert wurden, die Einsahrt nach Petersburg bis aufs äußerste zu verteidigen; gleichzeitig wurden Vertreter der Konferenz für alle Schiffe und Geschwader ernannt, um die stette Durchführung der Beschlüsse zu kontrollieren. Dann wurde ein Projekt für ein Mottenreglement ausgearbeitet. Die Konferenz beschloß sich ferner mit dem Plan der Uebertragung in der ganzen Flotte und mit der Art ihrer Durchführung. Dieser Plan gefiel den Führern der linken Sozialrevolutionäre nicht. Sie spielten jetzt die Rolle der Bolschewisten. Die Sozialrevolutionäre, die bisher so viel über die Notwendigkeit der Beteiligung der Koalitionsregierung geschrieben hatten, schreckten jetzt vor ihren eigenen Aufrufen zurück. Sie fürchteten sich vor der Verantwortung für den entscheidenden blutigen Kampf, das Gespenst eines Bürgerkrieges schreckte sie. Jetzt bemühten sie sich, die Leidenschaften zu dämpfen und die Bestrebungen der Seeleute zu bremsen.

Um dies zu erreichen, schickten sie Maria Spiridonowa zur Konferenz. Ihr Erscheinen wird mit stürmischem Ovation begrüßt. Sie geht langsam zum Präsidium und bittet um das Wort.

(Fortsetzung folgt.)



